



Gabriele Baier · Christina Eberle · Gerhard Fontagnier · Raymond Fojkar
Deniz Gedik · Patrick Haermeyer · Stefanie Heß · Melis Sekmen
Markus Sprengler · Nina Wellenreuther · Dr. Angela Wendt · Elke Zimmer



im Gemeinderat
Rathaus E5 · 68159 Mannheim
Telefon 0621-293 9403 · Telefax 0621-156 1800

- [!\[\]\(f15d3c54be60b4fd0ce1da9fb3f67256_img.jpg\) www.gruene-fraktion-mannheim.de](http://www.gruene-fraktion-mannheim.de)
- [!\[\]\(7bf135d42c40a6430c927b2fd03d7659_img.jpg\) gruene@mannheim.de](mailto:gruene@mannheim.de)
- [!\[\]\(2bcc37677ea6b96900e4d746ad300082_img.jpg\) gruene.faktion.mannheim](https://www.facebook.com/gruene.faktion.mannheim)
- [!\[\]\(b62812e390f75b509ead0f847e76b4ce_img.jpg\) gruene_faktion](https://twitter.com/gruene_faktion)
- [!\[\]\(702f396a3c354a80d179cf62e75a5343_img.jpg\) gruene_fraktion_mannheim](https://www.instagram.com/gruene_fraktion_mannheim)



KLIMAOFFENSIVE: **DEN AUFBRUCH GEMEINSAM GESTALTEN** Etatrede 2020/2021

gehalten von Melis Sekmen, Fraktionsvorsitzende
von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Gemeinderat
Dienstag, den 26. November 2019



Inhaltsverzeichnis

Erhalten, was uns erhält!	Seite 3	Für Meinungsfreiheit – gegen Hass und Hetze	Seite 15
Grüne Welle für technische und soziale Innovationen	Seite 3	Sicherheit und Ordnung	Seite 16
Globale Verantwortung wahrnehmen – durch Handeln vor Ort	Seite 4	Wohnen ist ein Grundrecht	Seite 16
Lebenswerter öffentlicher Raum, statt Blechlawinen – Autofreie Innenstadt bis 2030	Seite 5	Gerechtigkeit beginnt mit besten Chancen für alle	Seite 17
Ausbau des Mannheimer ÖPNV – im Takt mit Mensch und Umwelt	Seite 6	Gesundheit: Gute Versorgung in der Breite, Aufmerksamkeit für Menschen mit Einschränkungen	Seite 18
Weniger Verkehr – mehr Leben auf der Straße	Seite 6	Beste Chancen für Kinder und Jugendliche	Seite 19
Schluss mit Kohlestrom – Ausstieg mit Verstand, aber auch mit Tempo	Seite 7	Unsere Stadt durch Kinderaugen sehen	Seite 20
Stadtentwicklung – Raum für Begegnungen	Seite 8	Mannheim – deine Stadt	Seite 21
Mehr Grün. Mehr Blau. Mehr Gesundheit.	Seite 9	Wissenschaftsstandort: Dialog zwischen Hochschulen und Stadtgesellschaft stärken	Seite 22
Innerstädtisches Grün	Seite 10	Kultur in der Breite der Stadtgesellschaft verankern	Seite 22
Stadtplanung und Konversion	Seite 10	In Mannheim fit und gesund leben	Seite 24
Natur- und Umweltschutz	Seite 10	Bürger*innenbeteiligung: Mitmachen in Mannheim	Seite 24
Stadtparks und BUGA	Seite 11	Digitalisierung mit breiter gesellschaftlicher Akzeptanz	Seite 25
Tierschutz: Respekt und Würde für das Geschöpf	Seite 12	Nachhaltig Wirtschaften	Seite 25
Ernährung und Landwirtschaft – Qualität für Käufer*innen, Schutz für die Natur	Seite 13	Wirtschaftlicher Erfolg unter fairen Bedingungen	Seite 26
Lärmquellen bekämpfen – keine Toleranz für Poser	Seite 13	Gleichberechtigt, selbstbestimmt und sicher – Frauenpolitik für Mannheim	Seite 26
Mannheim leistet Großes und ist Heimat in Vielfalt	Seite 13	Zukunft braucht Personal	Seite 27
Wir leben Europa	Seite 14	Schlussbemerkung	Seite 28
Mannheim übernimmt Verantwortung – für sich und in der Welt	Seite 15	Es gilt das gesprochene Wort. Die nicht gesprochenen Passagen wurden zu Protokoll gegeben.	
LSBTIQ – Gleiche Rechte für buntes Leben	Seite 15	Fotos: Alexander Kästel rentadesigner.de	

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mannheimerinnen und Mannheimer!

Der Haushalt ist für uns GRÜNE mehr als nur ein Zahlenwerk. Mit der aktuellen Finanzplanung stellen wir die Weichen für unsere Stadt für die nächsten zwei Jahre und darüber hinaus. Wir GRÜNE wollen gemeinsam mit der Stadtgesellschaft in eine modernere, ökologischere und noch weltoffenere Gesellschaft aufbrechen und mit diesem Haushalt die dringend notwendige Umsetzung unserer Ideen für Mannheims Zukunft deutlich beschleunigen.

Denn die aktuellen globalen Umbrüche sind auch bei uns in der Region angekommen:

1. Der Klimawandel, der sich mit immer neuen Temperaturrekorden, Unwettern und Dürren zeigt: In Hitzesommern leiden in unserer Stadt besonders alte und kranke Menschen schon heute, von der Natur ganz zu schweigen.
2. Die Digitalisierung und Automatisierung, die alle Bereiche der Wirtschaft erfasst hat und massive Auswirkungen auch auf den Wirtschaftsstandort Mannheim und den lokalen Arbeitsmarkt haben wird.

3. Die Etablierung digitaler Plattformökonomien in Form von Sharing-Geschäftsmodellen, die zu rasant ansteigendem Verkehr und damit zu hohen Kosten für die Umwelt führen.
4. Die Verknappung von bezahlbarem Wohnraum durch den erhöhten Zuzug in die Städte und den spekulativen Umgang mit Grund und Boden.
5. Wanderungsbewegungen in allen Teilen der Welt, die sich in unserer Stadtgesellschaft wider-spiegeln.

Wir sehen, dass viele Menschen durch diese Veränderungen verunsichert sind und ängstlich in die Zukunft blicken. Diese Sorgen müssen wir ernst nehmen und ihnen mit Mut, Kreativität und Gestaltungswillen begegnen.

Umbrüche sind geprägt von Gewinnen und Verlusten. Das ist nicht zu vermeiden. Als GRÜNE sehen wir unsere Aufgabe darin, den Boden für neue Chancen und Entwicklungen zu bereiten, damit aus Umbruch Aufbruch werden kann. Gleichzeitig muss es darum gehen, Auswirkungen beherrschbar



zu machen, Härten abzumildern, wo sie entstehen und Unterstützung leisten, wo sie vonnöten ist.

Darum ist es unsere Aufgabe als Politik und Gesellschaft, Antworten auf die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft zu finden. Wir als GRÜNE Fraktion wollen diesen Prozess als progressive Kraft gemeinsam mit allen demokratischen Parteien im Gemeinderat und der Stadtgesellschaft gestalten.

Erhalten, was uns erhält!

Nur wenn wir den Kampf gegen den menschengemachten Klimawandel und den Schutz unserer natürlichen Ressourcen als große Chance für unsere Stadt verstehen, können wir die Menschen mitnehmen. Die Idee des Klimaschutzes steht nicht umsonst für den Auf- und Ausbau von Alternativen. Es ist an der Zeit eine Klimaoffensive zu starten, die die lokale Verkehrs- und Energiewende entschlossen umsetzt. Das bedeutet: Nicht weniger vom Gleichen, sondern grundlegend anders.

Dabei wird der ökologische Wandel in der Wirtschaft, gerade in Mannheim als Industriestandort, eine zentrale Rolle spielen. Denn nur wenn uns die Transformation so gelingt, dass sie unsere Wirtschaft perspektivisch stärkt, stehen uns auch die finanziellen Mittel zur Verfügung, die es braucht, um die Verkehrs- und Energiewende umzusetzen und weitere Mittel für die gesellschaftliche Teilhabe von allen Bevölkerungsgruppen, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, in der Stadt zu generieren.

Digitalisierung und die Entwicklung klimaschonender Innovationen sind für diese Prozesse grundlegend. Das sollte für uns in Mannheim, das wie kaum eine andere deutsche Stadt für den deutschen Gründergeist steht, ein Ansporn sein. Hier in Mannheim wurden das Fahrrad, der Traktor, das Auto und vieles mehr erfunden. Hier wurden die technischen Weichen gestellt, die die Mobilität revolutionär verändert und die Globalisierung maßgeblich vorangetrieben haben. Jetzt ist es an der Zeit, dass wieder starke Impulse von Mannheim ausgehen, aus unserer Stadt in die Welt gesendet werden.

Wir als GRÜNE Fraktion haben aktiv am Leitbild der Stadt Mannheim mitgearbeitet, das auf den Nachhaltigkeitszielen der UN beruht. Mit der Erklärung zur Bekämpfung der Klimakrise in der vergangenen Sitzung des Gemeinderats bekennen wir uns klar dazu, mit diesem Haushalt die bedrohlichen Auswirkungen der massiven Klimaveränderungen anzugehen und damit das Leitbild unserer Stadt konkret umzusetzen.

Für uns GRÜNE stellt sich neben der ökologischen und ökonomischen Herausforderung eine dritte große Herausforderung: Wie gestalten wir das soziale Miteinander und sorgen für gerechte Chancen, unabhängig von Herkunft? Wie gestalten wir unsere Stadt so, dass sie eine gute Heimat wird für alle Menschen, die hier leben? Die Antwort: Heimatgefühl entsteht durch gesellschaftliche Teilhabe.

Dabei liegt uns vor allem ein geschütztes und gesundes Aufwachsen und Leben von Kindern und Jugendlichen am Herzen. Was braucht es dazu? Die Who.Am.I-Creativ Academy fasst es in einem Song ganz treffend zusammen: „Mannheim, gib ihm Liebe!“ Für uns GRÜNE bedeutet das, dass wir für Respekt und Teilhabe sorgen. Wir wollen, dass jedes Kind, das in dieser Stadt lebt, unabhängig davon ob es hier geboren wurde, welchen kulturellen oder sozialen Hintergrund es hat, ein Teil dieser Stadt ist, dass es mitgestalten kann und angenommen wird. Daher werden wir GRÜNE uns für deutlich mehr Mittel einsetzen: Für die Verbesserung der Teilhabechancen in Bildung, Kultur und Sport für Kinder und Jugendliche.

Grüne Welle für technische und soziale Innovationen

Ein Kernthema der Etatrede des Oberbürgermeisters war der Klimawandel und der Umgang mit der Klimakrise. Wir GRÜNE sind froh, dass diese Erkenntnis in unserer Verwaltung angekommen ist und versucht wurde, ein „Klimapaket“ zu schnüren. Hier sehen wir auch das positive Wirken und die Arbeit unserer Umweltbürgermeisterin und ihres Dezernats abgebildet. ABER: abgesehen vom Klimapaket gibt es in diesem Haushalt relativ wenig neue Impulse. Wenn wir unseren Teil zum Eindämmen des Klimawandels beitragen wollen, müssen wir deutlich ambitionierter und nachhaltiger vorgehen. Hier werden wir weitere Vorschläge machen, um den Weg Richtung Klimaneutralität einzuschlagen.

Der Haushalt scheint in Erwartung einer konjunkturellen Eintrübung erstellt worden zu sein, die in den letzten Monaten von verschiedenen Seiten vorhergesagt wurde. Neuste Entwicklungen deuten aber darauf hin, dass diese konjunkturelle Eintrübung doch nicht so stark ausfallen wird. Von daher sehen wir angemessenen Spielraum für weitere, wichtige Vorhaben. Vor allem in den Bereichen Klima und Umwelt, Mobilitätswende sowie Chancengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche kann und muss deutlich nachgesteuert werden.

Die Investitionen steigen in den nächsten Jahren rasant an. Das ist grundsätzlich sehr zu begrüßen, soweit dies nicht durch Preissteigerungen hervorgerufen wird, sondern echte Mehrinvestitionen



beinhaltet. Wir haben aber Zweifel, ob die Stadt ausreichend Personal hat, um diese Investitionen tatsächlich alle umsetzen zu können.

Im Rahmen der letzten Haushaltsberatungen hatte die Stadt Handlungsfelder festgelegt, u.a. anderem die Bekämpfung der Kinderarmut. Was ist daraus geworden? Haben wir diesen Kampf bereits erfolgreich beendet? Wie sonst könnte die Verwaltungsspitze darauf verzichten, weitere Gelder dafür zur Verfügung zu stellen? Oder ist es so, dass dieses Handlungsfeld gar nicht so ernst genommen wurde? Denn die Kinderarmut ist leider nicht zurückgegangen. Hier würden wir uns einen deutlich längeren Atem der Verwaltung wünschen – auch hier muss durch den Gemeinderat nachgebessert werden.

Globale Verantwortung wahrnehmen – durch Handeln vor Ort

Seit Jahrzehnten erwärmt sich unser Planet. So sehr, dass dadurch verursachte Dürren und Extremwettereignisse Landwirtschaften im globalen Süden zerstören und Menschen um ihr Zuhause bringen. Die dafür verantwortlichen klimawirksamen Gase werden weltweit emittiert. Auch hier bei uns in Mannheim. Immer wieder wird zurecht betont, wie schnell wir Veränderung brauchen – die ist die letzten Jahre aber nicht angeschoben worden und das bedeutet: Unser Budget an klimawirksamen Gasen wird kleiner und kleiner bis wir einen irreversiblen Punkt überschreiten, und das Weltklima auf unabsehbare Zeit zum Gegner des guten Lebens machen. Wir tragen eine globale Verantwortung für die Gerechtigkeit auf diesem Planeten – dieser dürfen und wollen wir uns nicht verschließen. Wir können

etwas bewirken, wenn wir lokal handeln! Wir wollen Mannheim darum endlich auf den Weg in die Klimaneutralität bringen. Wenn wir zeigen, dass dies in einer Industriestadt möglich ist, werden andere folgen.

Der von der Verwaltung vorgelegte Dringlichkeitsplan ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung und Grundlage für die notwendigen Veränderungen. Er reicht aber noch nicht aus, um Mannheims Anteil daran zu leisten, die Erderwärmung auf unter $1,5^{\circ}\text{C}$ zu begrenzen. Laut des $1,5^{\circ}\text{C}$ -Sonderberichts des Weltklimarats (IPCC) können global noch knapp 420 Gigatonnen CO₂ in die Atmosphäre abgegeben werden, um das $1,5^{\circ}\text{C}$ -Ziel nicht zu verfehlten. Beim aktuellen jährlichen CO₂-Ausstoß wäre dieses Budget in ca. acht Jahren aufgebraucht. Wir wollen, dass die Klimaschutzkonzeption 2020 fortgeschrieben wird und in diesem Rahmen die Restmenge an Treibhausgasen für Deutschland, rund 7,1 Gigatonnen, auf Mannheim heruntergebrochen wird. Das heißt, wir wollen festschreiben, welches Budget uns für Mannheim zur Einhaltung des $1,5^{\circ}\text{C}$ -Ziels noch zur Verfügung steht und die Fortschritte Mannheims daran messen. Als GRÜNE halten wir wissenschaftsgeleitete Verfahren für dringend geboten, wir brauchen Zahlen und Fakten, auf deren Grundlage wir gezielt planen und handeln können!

Darum fordern wir zur Evaluierung der Fortschritte auf dem Weg zur klimaneutralen Stadt, einen jährlichen Bericht über den aktuellen Stand der Klimaschutzkonzeption und seiner Maßnahmen, um mögliche Reduktionslücken schnell schließen und notwendige Zusatzmaßnahmen umsetzen zu können. Dieser Bericht sollte von einer entsprechend geeigneten wissenschaftlichen Institution erstellt und begleitet werden.

Die Stadt Mannheim soll beim Klimaschutz eine Vorbildfunktion einnehmen. Deshalb wollen wir GRÜNE zuerst die Verwaltung klimaneutral machen. Um auch alle städtischen Liegenschaften so schnell wie möglich einzubinden, braucht es Energiemanager*innen, die für alle städtischen Liegenschaften konkrete Konzepte zur Klimaneutralität erarbeiten und umsetzen.

Aber es ist für uns alle klar, dass sich auch bei der Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels das Mannheimer Stadtclima weiter verändern wird. Schon heute sind heiße Sommer mit tropischen Nächten ein Gesundheitsproblem gerade auch für ältere Menschen und Kinder. Wir GRÜNE wollen, dass die Maßnahmen aus der beschlossenen Klimaanpassungsstrategie umgesetzt werden, um die Lebenssituation der Mannheimer Bevölkerung zu verbessern und die zu erwartenden Klimafolgen abzumildern. Hierbei liegt unser Fokus auf den schwächsten Mitgliedern der Gesellschaft: Bei kleinen Kindern, alten und kranken Menschen, die am meisten unter den Auswirkungen leiden. Hinterhofentsiegelung und Dach- und Fassadenbegrünung müssen stadtweit gefördert und die Begrünungspflicht für Neubauten auf besonders hitzelastete Gebiete auch außerhalb der Kernstadt ausgedehnt werden.

Konkret zeigen sich somit drei große Aufgabengebiete, die wir angehen müssen, um Mannheim klimaneutral zu machen: Wir brauchen die Energie- und Wärmewende und den damit verbundenen Kohleausstieg, wir brauchen mehr Stadtgrün statt Betongrau, und wir müssen in der Verkehrswende dringend mehr als einen Gang hochschalten.

Lebenswerter öffentlicher Raum, statt Blechlawinen – Autofreie Innenstadt bis 2030

Zur Erreichung der Pariser Klimaziele und des 1,5°C-Ziels ist eine Verkehrswende hin zu emissionsfreier Mobilität dringend nötig. In Mannheim ist dies vor allem durch den Umstieg auf ÖPNV, Rad- und Fußverkehr zu erreichen.

Wir Mannheimer GRÜNE engagieren uns seit 40 Jahren für eine nachhaltige Verkehrspolitik. Viel zu lange hat niemand von den übrigen Parteien wirklich begriffen, dass der motorisierte Individualverkehr in der Stadt verringert werden muss. Nun aber steht die Verkehrsberuhigung auf der Tagesordnung fast aller Fraktionen. Auch wenn es zu lange gedauert hat – wir freuen uns darüber. Jetzt gilt es, endlich, die Verkehrswende gemeinsam anzugehen. Wir möchten 2020 mindestens vier autofreie Wochenenden innerhalb des Rings einrichten, um zu erproben wie man sich darauf einstellen kann. Schon in den letzten Jahren haben wir die Sperrung der Fressgasse und Kunststraße sowie der verlängerten Jungbuschstraße gefordert. Dies ist jedoch an den fehlenden Mehrheiten gescheitert. Ein großer Erfolg sind die absenkbaren Poller für den Lieferverkehr des Einzelhandels. Doch mit Einzelmaßnahmen ist es lange nicht getan. Wir müssen größer denken. Daher setzen wir GRÜNE uns in diesem Haushalt für die Erstellung eines Stufenplans für eine autofreie Innenstadt und für die Entwicklung von mehr verkehrsberuhigten Bereichen in den Stadtteilen ein. Dieser Prozess muss selbstverständlich mit der Stadtgesellschaft vorbereitet werden. Handelsverbände, Bewohnervereine, Bezirksbeirät*innen, Verkehrs- und Stadtplanungs-expert*innen und die verkehrspolitischen Sprecher*innen des Gemeinderates müssen an einen Tisch, um einen tragfähigen Plan zu entwickeln und die Menschen auf diesem Weg mitzunehmen. Dieser Plan soll Ende 2020 dem Gemeinderat zur Abstimmung gestellt werden.

Damit die Menschen in unserer Stadt bereit sind die Wege vermehrt mit dem Fahrrad zurückzu-



legen, ist die zügige Attraktivierung und der Ausbau der Fahrradinfrastruktur zwingend notwendig. Durch Schließung von Lücken im Radverkehrsnetz und den Ausbau und die Sanierung vorhandener Verbindungen sollen Menschen direkter, sicherer und schneller in die Innenstadt, aber auch von Stadtteil zu Stadtteil gelangen können. Hierbei müssen auch Maßnahmen wie die Anbringung von Fahrradampeln oder fest installierten Luftpumpstationen mitgedacht werden.

Das Einpendeln nach Mannheim muss vermehrt durch den ÖPNV oder den Radverkehr möglich sein. Uns GRÜNEN ist klar, dass das Auto aus dem Alltag, gerade bei Transportsituationen oder einer sehr abgelegenen Lage kurzfristig nicht wegzudenken ist, dafür ist es uns wichtig, flexible CarSharing-Angebote zu erweitern und eine Ladeinfrastruktur mit Erneuerbaren Energien zu etablieren.

Um den Weg zu einer Verkehrswende zu verkürzen, werden wir GRÜNE uns bei diesem Haushalt für deutlich mehr finanzielle und personelle Ressourcen einsetzen.

Die Ziele des 21-Punkte-Radverkehrsprogramms müssen erweitert und mit aller Konsequenz angegangen werden. Laut dem „21 Punkte Programm für mehr Radverkehr“ ist es das Ziel den Radverkehsanteil bis 2020 auf 25 Prozent zu steigern. Das wird mit derzeit 18 bis 20 Prozent kaum zu schaffen sein. Umso wichtiger ist es, nun kräftig aufzuholen, um diese Marke schnellstmöglich zu erreichen. Wir brauchen eine Verkehrswende für alle!

Ausbau des Mannheimer ÖPNV – im Takt mit Mensch und Umwelt

Um den Umstieg und damit die Verkehrswende attraktiver zu gestalten, müssen wir die Alternativen zum Auto ausbauen. Eine davon ist der ÖPNV. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass alle Ecken und Enden der Stadt gut mit dem ÖPNV-Netz erreichbar sind. Das Bahn- und Busfahren ist nicht nur eine bequeme Variante, sondern trägt einen großen Anteil zum Umweltschutz bei. Wir GRÜNE wollen die Verkehrswende endlich in Mannheim umsetzen. Dafür braucht es mehr Busse und Bahnen auf mehr Linien in besserer Taktung (gerade in den Abendstunden), Ticketvergünstigungen und Mut zu neuen Ideen wie z.B. intelligenten Rufbussystemen. Seit Jahren liegt der ÖPNV-Anteil im Modal Split bei 13 Prozent und soll es laut Haushaltsplanentwurf auch bis 2021 weiter bleiben – und das trotz Zusage des Oberbürgermeisters, diesen Anteil auf 20% zu erhöhen. Mit dieser Ambitionslosigkeit werden wir uns nicht zufrieden geben und uns für einen deutlichen Ausbau einsetzen.

Als dringende Maßnahme steht noch immer der Umbau des Umstiegsknotenpunkts Hauptbahnhof an, um dringend benötigte Kapazitäten zu schaffen. Diese Kapazitäten brauchen wir für die Takterhöhung, besonders aber auch für die Anbindung der Konversionsgebiete Franklin, Spinelli oder Turley. Diese Anbindungen wollen wir GRÜNE außerdem schneller voranbringen, um sie fest ins ÖPNV-Netz zu integrieren. Darüber hinaus werden wir GRÜNE uns jetzt schon dafür einsetzen eine flächendeckende 10 Minuten Taktung einzuführen.

Mobilität ist essentiell für gesellschaftliche Teilhabe. Wir wollen dafür sorgen, dass alle Stadtteile bestmöglich angebunden sind. Auch hier wollen wir höhere Taktungen sowie neue Querverbindungen zwischen den Stadtteilen schaffen.

Ein weiteres Element zur Erhöhung des ÖPNV-Anteils am Modal Split sind die Ticketpreise. Zum einen setzen wir uns weiterhin für die Einführung eines verbundweiten Sozialtickets in Form einer Monatskarte, ähnlich dem Maxx- oder Job-Ticket, ein. Zum anderen wollen wir GRÜNE in den nächsten Jahren Elemente des kostenlosen ÖPNV auf bestimmten Strecken zu bestimmten Zeiten testen, zudem wollen wir, dass sich die Stadt Mannheim zusammen mit der Region, entsprechend dem sog. Klimapaket der Bundesregierung, als Modellregion für ein 365-Euro-Jahresticket des ÖPNV bewirbt. Der Antrag dazu liegt bereits vor.

Weniger Verkehr – mehr Leben auf der Straße

„Ob eine Stadt zivilisiert ist, hängt nicht von der Zahl ihrer Autobahnen und Schnellstraßen ab, sondern davon, ob ein Kind auf dem Dreirad unbeschwert und sicher überall hinkommt“, dieses Zitat stammt von Enrique Peñalosa, dem ehemaligen Bürgermeister von Bogota.

Wir GRÜNE werden uns dafür einsetzen, dass der öffentliche Raum den Menschen, insbesondere auch den Kindern dieser Stadt gehört. Für eine attraktive Stadt und eine höhere Aufenthaltsqualität brauchen wir mehr Grün, Gastronomie und Kulturangebote statt Blechlawinen, die uns viel Platz wegnehmen.

Der Fußverkehr hat einen Riesennachholbedarf und ist nicht mit kleinen Schritten zu verbessern. Die Stadt erstickt längst im wahrsten Sinne des Wortes an der Menge privater Autos mit Verbrennungsmotoren. Stau und Parkplatzsuche nerven nicht nur die Autofahrer*innen selbst, sondern vor allem Bewohner*innen und machen 30 Prozent des Verkehrs aus.



Wir können unseren kostbaren Lebens- und Stadtraum nicht hauptsächlich dem Parken opfern. Darum wollen wir das Parken im öffentlichen Straßenraum verteuern und stattdessen unsere Parkhäuser besser auslasten. Oft stehen die Straßenräume übervoll, die letzten Lücken werden im ewig kreisenden Fahren gesucht, während die Parkhäuser nur halbvoll sind. Auch für Anwohner*innen wird es dadurch immer schwerer einen Anwohnerparkplatz zu finden. Daher begrüßen wir, dass nun mit einem digitalen Parkleitsystem der Parkplatzsuchverkehr hoffentlich reduziert werden soll.

Nachdem das Bundesverkehrsministerium, statt die Verkehrsprobleme tatsächlich anzugehen, ein neues Fahrzeug ohne großartige Einschränkungen für die Straßennutzung freigegeben hat, stolpern die Fußgänger*innen nun über abgestellte E-Scooter oder müssen ihnen in Fußgängerzonen und auf Gehwegen ausweichen. Hier bleibt nur schärfer zu kontrollieren und die Vereinbarung mit dem Anbieter weiter zu verbessern. Auch wenn das Fahren der E-Scooter Spaß macht, leisten diese keinen Beitrag zur umweltverträglichen Mobilität und sind in dieser Form keine Alternative für die letzte Meile. Sie werden derzeit mit Promille, zu Zweit und zum Spaß, aber nicht als Umstieg weg vom Auto genutzt.

Lärm und gesundheitsschädliche Abgase belasten uns alle. Der Stress im Straßenverkehr steigt stetig für alle Verkehrsteilnehmer*innen. Das ordnungswidrige Parken auf den Gehwegen – auch mit zwei Rädern – muss zurückgedrängt werden. Gehwege sind keine Parkplätze, und die vielen „Stehzeuge“ beeinträchtigen Menschen, die zum Einkaufen in die Stadt kommen erheblich, ganz zu schweigen von körperlich Behinderten mit Gehhilfen oder im Rollstuhl, aber auch Eltern mit Kinderwägen oder flanierende Menschen. Damit muss endlich Schluss sein. Der öffentliche Raum gehört allen gemeinsam – und das muss auch durchgesetzt werden, indem verschärft und konsequent kontrolliert und nötigenfalls abgeschleppt wird. Aber auch durch das Neustrukturieren der Straßenverhältnisse, wie in wenigen Beispielen bereits geschehen, kann die Situation schnell verbessert werden.

Der, bedingt durch die Sperrung der Hochstraße Süd in Ludwigshafen entstandene, Schleichverkehr durch die Quadrate ist nicht akzeptabel. Er gefährdet die Gesundheit der Bewohner*innen enorm und erhöht die Unfallgefahr. Hier müssen schnellstens Lösungen gefunden und Umleitungen geregelt werden. Bei allem Verständnis für die Suche nach Abkürzungen geht das Recht auf Unversehrtheit der Bewohner*innen vor, daher sind nötigenfalls die Schleichwege zu sperren. Um mittelfristig die Alternativen über den Rhein anzubieten, wollen wir GRÜNE das Thema Rad- und Fußgängerbrücke schnellstmöglich angehen. Die dauerhafte Unterhaltung einer Seilbahn mit großen angrenzenden Parkflächen halten wir für keine nachhaltige Idee.

Schluss mit Kohlestrom – Ausstieg mit Verstand, aber auch mit Tempo

In diesem Jahr kamen 43 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien. Erstmals hängt Ökostrom den Anteil des Stroms, der aus Kohle produziert wird, im deutschen Strommix ab. Auch Mannheim will diesen Trend unterstützen und gemäß seines Leitbildes bis zum Jahr 2050 klimaneutral werden. Hierfür braucht es eine Fortschreibung der Mannheimer Klimaschutzkonzeption. Wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen aber, dass wir deutlich früher klimaneutral werden müssen, um das Pariser Klimaabkommen und damit das 1,5°C-Ziel einzuhalten.

Die Erklärung des Mannheimer Gemeinderats zur Bekämpfung der Klimakrise leistet hierfür einen ersten wichtigen Schritt. Die Stadt erkennt an, dass die bisherigen Bemühungen nicht ausreichen, um die Erderwärmung im ausreichenden Maße zu begrenzen. Klimatische Belange sollen zukünftig bei allen Entscheidungen berücksichtigt werden

und dem Gemeinderat wird jährlich über Fortschritte und Schwierigkeiten der Emissionsreduktion berichtet.

Wir GRÜNE wollen mehr Klimaschutz und fordern deshalb einen Plan für einen raschen Kohlausstieg in Mannheim: Ökologisch und sozial verträglich, gemeinsam mit dem GKM, der MVV und der Stadt. Hierfür braucht es eine Energiestudie für die Strom- und Wärmeversorgung im Rahmen einer Transformation der Energieträger von Kohle zu Erneuerbaren.

Auch in der Energie- und Wärmewende muss die Stadt Mannheim voraus gehen. Die städtischen Gebäude müssen nicht nur 100% Ökostrom beziehen, sondern mit klarer Perspektive auch energetisch auf höchsten Standards saniert oder neu gebaut werden. Hierfür braucht es Nachbesserungen in den städtischen Energierichtlinien und den Förderrichtlinien zur energetischen Gebäudesanierung sowie die notwendige personelle Ausstattung des Energiemanagements der Stadt Mannheim.

Damit die Stadt so schnell wie möglich klimaneutral wird, braucht es auch einen beschleunigten Ausbau von Erneuerbaren Energien wie Photovoltaik (PV) auf städtischen Gebäuden. Institutionen wie Schulen, Kindertagesstätten oder Pflegeheime können hier erste geeignete Partner*innen sein und damit auch die Akzeptanz der Energiewende bei den Bürger*innen vor Ort erhöhen.

Bei der Errichtung neuer Quartiere müssen im energetischen Bereich höchste Standards und ganzheitliche energetische Lösungen für das ganze Quartier von Anfang an eingeplant werden. In das Mannheimer Fernwärmenetz wollen wir dezentral Wärme aus erneuerbaren Energien einspeisen.

Damit uns der Heimweg auch nachts mit modernster Technik energieeffizient beleuchtet wird wollen wir GRÜNE die Umsetzung der LED-Offensive für Mannheimer Straßenlaternen beschleunigen. Die bereits eingeplanten Finanzmittel dürfen hierbei nicht für andere Projekte eingesetzt werden, sondern müssen am Ende ihrem eigentlichen Zweck zufließen. Die Errichtung eines Klimafonds begrüßen wir GRÜNE.

Eine Hauptsäule der Energieerzeugung in Mannheim wird die Solarenergie sein, deshalb braucht es in Mannheim eine echte Solaroffensive. Hierzu müssen energetische Beratungen ausgebaut und bestehende Projekte gefördert werden. Die Klimaschutzagentur leistet hier sehr gute Arbeit. Wir GRÜNE wollen diese personell und finanziell stärken, sodass diese auch mittel- und langfristig mit den wachsenden Aufgaben und der steigenden Nachfrage zurechtkommt.

Um Mieter*innen ohne eigene Dachflächen die Erzeugung von PV-Strom zu ermöglichen wollen wir GRÜNE diese Solarenergieerzeuger*innen unterstützen. Städte wie Freiburg machen dies bereits heute vor und fördern Balkon-Solarmodule finanziell.

Auch die Industrie wollen wir GRÜNE beim Klimaschutz in die Verantwortung nehmen. Unternehmen wie Bosch gehen schon voran und wollen bereits 2020 klimaneutral werden. Gemeinsam mit anderen Unternehmen der Region, die bereits erste Schritte Richtung Klimaneutralität gegangen sind, wollen wir Klimaschutz im Unternehmertum großschreiben und unternehmerische Klimaziele formulieren.

Stadtentwicklung – Raum für Begegnungen

Die Stadtentwicklung und deren Planung sind maßgeblich für die Zukunft unserer Stadt. Wenn wir es schaffen eine sozial-ökologische Stadtentwicklung mit kreativen Ideen zu verbinden, wird die Aufenthalts- und Wohnqualität deutlich erhöht werden.

In der Stadtentwicklung legen wir GRÜNE viel Wert auf eine interdisziplinäre Planung, d.h. alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens müssen mitgedacht werden. Sei es die Grünflächenplanung, die Verkehrsanbindung, Sport-, Kultur- oder Bildungseinrichtungen, sowie geschützte Orte und Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche.

Die Gestaltung öffentlicher Plätze ist für uns ein zentraler Aspekt, da sich dort Menschen in den Stadtteilen begegnen. Diese müssen wir ökologisch aufwerten und mehr Raum für Erholung und Bewegung schaffen. Wir GRÜNE wollen konkret: Mehr Grünflächen und die Anpflanzung von Bäumen, die schnelle Umsetzung des Spielplatzkonzeptes oder das Angebot von kostenlosen Trinkwasserstationen.

Bestehende Grünflächen wie beispielsweise den Spiegelpark im Herzen des Luzenberg wollen wir GRÜNE gemeinsam mit den Luzenberger*innen attraktiver gestalten. Im Luzenberg ist gerade viel in Bewegung. Die Musikinsel wollen wir für die Menschen vor Ort und als Aufenthaltsfläche am Wasser zurückgewinnen. Es ist schön zu sehen, dass sich dort ein Bürgerverein zur Weiterentwicklung des Stadtteils gegründet hat. Hier wollen wir GRÜNE uns für die fehlenden Mittel in der Quartiersarbeit stark machen.

Mit dem Projekt Alter haben wir gesehen, wie man öffentliche Plätze mit Kultur und Bewegung beleben kann, so dass Jung und Alt zusammenkommen und sich in ihrem Kiez wohlfühlen. Genau diese Art der Nutzung möchten wir weiterhin unterstützen und



die finanzielle Ausstattung für das Zwischenutzungsmanagement sicherstellen.

Für den öffentlichen Raum gibt es immer wieder viele Ideen, die aus der Zivilgesellschaft an die Verwaltung herangetragen werden, wie beispielsweise die „Haltestelle Fortschritt“, die Angsträume durch deren Belebung zu attraktiven Orten machen. Diesen Ansatz unterstützen wir und werden versuchen, kooperative Projekte mit Verwaltung, Zivilgesellschaft und Politik zu fördern.

Mehr Grün. Mehr Blau. Mehr Gesundheit.

Mannheim ist eine sehr dicht besiedelte Stadt. Die bauliche Verdichtung und damit einhergehend der Verlust von unversiegelten Flächen und natürlicher Vegetation schreitet weiter voran. Der Zielkonflikt zwischen Innenverdichtung einerseits und Ausbau von innerstädtischen Grünflächen andererseits wird immer noch zugunsten von Bauprojekten entschieden. Die innerstädtischen Freiflächen schwinden, die Grünzüge Mannheims werden weiter eingeengt. Das in den letzten Jahren beobachtete Insektensterben ist auch bei uns deutlich zu erkennen.

Umso wichtiger ist, dass in den letzten beiden Jahren der Gemeinderat weitreichende Beschlüsse gefasst hat, die den Flächenverbrauch eindämmen sowie Umwelt- und Naturschutz voranbringen können.

So haben wir uns mit dem ‘Leitbild Mannheim 2030’ das Ziel gesetzt, die Natur- und Landschaftsgebiete in ihrer ökologischen Qualität weiterzuentwickeln, die Vernetzung der Biotope auszubauen und die Frischluftschneisen und Grünzüge der Stadt klimatisch zu verbessern.

Auch das Konzept zur ‘Anpassung an den Klimawandel in Mannheim’ baut auf diesen Zielen auf, denn mit zunehmender sommerlicher Hitzebelastung kommt Grünflächen, Bäumen und Dach- und Fassadengrün eine immer bedeutendere Rolle zu, um die negativen Auswirkungen des Klimawandels auf Mensch und Natur zu minimieren. Vielfältige Maßnahmen wurden erarbeitet, um die Ziele einer klimaresilienten Stadt zu erreichen, die ihren Bürgerinnen und Bürgern dauerhaft ein lebenswertes Wohnumfeld bietet.

Mannheim ist eine Stadt an zwei Flüssen. Das ist ein großer Segen für jede Stadt und birgt viel Entwicklungspotenzial für mehr Stadtblau. Wir GRÜNE wollen unsere Wasserlagen attraktiv und erlebbar machen, indem beispielsweise Sport- und Erholungsmöglichkeiten geschaffen werden. Einen ersten Schritt haben wir mit der Renaturierung des Neckars erreichen können. Daran muss nun angeknüpft werden. Das Freiraumkonzept ‘Grüne Bänder – Blaue Ströme’ hat sich bereits mit den Freiräumen in Mannheim als Orten für die Naherholung und Identifikation beschäftigt. Sie sind als klimaökologische Bausteine zu betrachten und sind prägend für die Lebensqualität im Alltag der Bürger*innen.

Auch die Gehl-Studie ‘Mannheim – Vorschläge für eine lebenswerte Stadt’ hat sich mit den öffentlichen Räumen und den Wasserlagen unserer Stadt beschäftigt. Das Ergebnis: Zahlreiche Vorschläge, den öffentlichen Raum zu Wohlfühl- und Aufenthaltsplätzen umzubauen und die Wasserlagen attraktiv und erlebbar zu machen.

Längst ist der positive Effekt von Stadtgrün und Stadtblau auf die seelische Gesundheit wissenschaftlich belegt. An Handlungsempfehlungen mangelt es uns also nicht.

Wir müssen mutig loslegen und die dafür nötigen finanziellen Mittel bereitstellen. Einiges ist in diesem Haushalt schon verankert. Angesichts der dra-

matischen Dynamik des Klimawandels und des rasenden Artensterbens sind jedoch weitere Anstrengungen nötig.

Darum gilt es für uns GRÜNE Schwerpunkte für die kommenden Jahre zu bilden:

Innerstädtisches Grün

Den Bäumen geht es schlecht, zunehmende Hitze und Trockenheit zeigen fatale Wirkung. Die Kosten für den Baumerhalt steigen, die Mittel wurden in diesem Jahr deutlich erhöht. Doch wir brauchen auch neue Standorte, also mehr Bäume in den verdichteten Quartieren. Alle leeren Straßenbaumstandorte sollen kurzfristig wieder bepflanzt werden, jahrelang offene Baumscheiben soll es nicht mehr geben. Wir wollen auch die Plätze mit zusätzlichen Bäumen bepflanzen, zentral gelegene wie auch Stadtteilplätze wie z.B. der Dalbergplatz, der Paradeplatz oder der Neue Messplatz sollen stärker begrünt werden.

Die besondere Lage Mannheims an Rhein und Neckar ist ein Potential, das bisher zu wenig genutzt wird. Der schon lange geplante Umbau des Hans-Böckler-Platzes und seine Anbindung an den Neckar ist für die Bewohner*innen der Innenstadt eine wichtige Aufwertung. Die Umsetzung dieses Projektes wollen wir im nächsten Jahr anstoßen.

Fremdländische Bäume und Stauden haben nur einen sehr geringen Wert für die Tierwelt. Daher sollen bei allen Begrünungsmaßnahmen in der Stadt vorrangig heimische Arten eingebracht werden, um die Biodiversität zu stärken.

Bei Entsiegelungsmaßnahmen soll die Stadt bei den eigenen Immobilien eine Vorreiterrolle einnehmen und die Hinterhöfe sowie verstärkt die Fassaden begrünen.

Stadtplanung und Konversion

Die Bautätigkeiten auf den Konversionsflächen gehen stetig voran. Mannheim baut Wohnraum für Tausende neue Bürger*innen, und viele Arbeitsplätze in Gewerbe und Dienstleistung entstehen in den nächsten Jahren. Zusätzlich werden Baulücken im Stadtgebiet geschlossen und langfristige Großprojekte realisiert. Bei den meisten Projekten kamen die klimarelevanten Auswirkungen auf die Bestandsquartiere nach unserer Einschätzung zu wenig in die Abwägung. So wird sich mit der Fertigstellung des Postareals die Belüftung der Schwetzingerstadt verschlechtern und die Hitzebelastung erhöhen. Das Gleiche gilt für das Glückstein-Quartier und seine Auswirkungen auf den Lindenhof.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass in Zukunft die klimatischen Auswirkungen stärker berücksichtigt werden: mit dem Konzept zur Anpassung an den Klimawandel und dem Pilotprojekt 'Umsetzung der kommunalen Klimaanpassung in die Bauleitplanung' des KIT liegen uns Grundlagenwerke vor, die nun zur Anwendung kommen müssen.

Auf Spinelli erwarten wir, dass die klimatischen Auswirkungen in die Bauleitplanung eingehen und gegenüber den Investoren durchgesetzt werden. Ebenso müssen wir auf Spinelli deutlich strengere Energiestandards durchsetzen, um die selbstgesteckte Ziel der Klimaneutralität zu erreichen, denn die Gebäude von heute legen den Energieverbrauch für die nächsten Jahrzehnte fest. Und es muss umgehend ein Verkehrskonzept für Spinelli erstellt werden, das die Anbindung des neuen Wohngebiets in die Bestandsquartiere erarbeitet und sicherstellt, dass die neuen Verkehre über das bestehende Straßensystem staufrei abgewickelt werden können.

Alle Bauvorhaben sind mit Eingriffen in den Naturhaushalt verbunden. Im Rahmen der Umweltprüfung werden Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt, deren Umsetzung nicht immer erfolgreich ist. Für die wirksame Kontrolle der Maßnahmen braucht es zusätzliches Personal, um die negativen Auswirkungen der Bautätigkeiten auf die Umwelt in Grenzen zu halten. Wir müssen verantwortungsvoller mit der endlichen Ressource des Bodens umgehen und Sorge tragen, dass der Artenschutz gewährleistet bleibt, dass in Mannheim für Schmetterlinge, Bienen und Vögel ausreichend Lebensräume vorhanden sind.

Natur- und Umweltschutz

Der Artenschwund ist dramatisch. Mittlerweile sind 50 Prozent der Lebensräume in Deutschland bedroht, der Rückgang der Insekten bewegt die Menschen.

Mannheim hat eine besondere Verantwortung für Sandgebiete und Flussauen, das sind stark bedrohte Lebensräume, die es zu bewahren und auszubauen gilt.

Daher freuen wir uns, dass die auf GRÜNE Initiative hin verfasste Vorplanung zu einer umfangreichen Neckarrenaturierung jetzt das Antragsverfahren durchläuft und bis 2023 im 1. Bauabschnitt realisiert werden soll. Damit werden am Mannheimer Altnckar vielfältige Auenlebensräume entstehen, die für den Artenschutz von enormer Bedeutung sind, die aber auch für die Mannheimer*innen eine attraktive Naherholung bieten.

Die Ausweisung des geplanten Naturschutzgebiets auf der Coleman Kaserne liegt unterschriftenreif beim Regierungspräsidium Karlsruhe. Die Stadt ist hier gefordert, alle Möglichkeiten zu nutzen, die Ausweisung zu erreichen. Auch für die Unterschutzstellung der Rheinau-Kaserne als Landschaftsschutzgebiet erwarten wir eine zügige Ausweisung.

Die vielfältigen, oft nur kleinräumigen Biotope Mannheims müssen miteinander verbunden werden, um ihre ökologische Wirksamkeit zu entwickeln, um eine reichhaltige Tier- und Pflanzenwelt zu erhalten. Die Biotopverbundplanung erarbeitet die nötigen Grundlagen dazu. Es ist nur schwer verwittelbar, dass dieses Verfahren nach 15 Jahren immer noch nicht abgeschlossen ist. Wir erwarten von der Verwaltung, dass der Teilbereich Nordwest umgehend zum Beschluss vorgelegt und der Teilbereich Nordost beauftragt wird.

Um die Schutzgebiete zu erhalten und weiterzuentwickeln sowie die Biotopverbundplanung umzusetzen, müssen die nötigen Mittel bereitgestellt werden. Diese sollen im Haushalt verankert sowie über Kompensationsmaßnahmen aus der Bauleitplanung finanziert werden.

Die Landwirtschaft ist ein wichtiger Partner beim Artenschutz, 23 Prozent der städtischen Gemarkung wird landwirtschaftlich genutzt. Wir wollen für die Umstellung auf ökologischen Landbau auf städtischen Flächen werben und die Anlage von Ackerrandstreifen in der Feldflur ausweiten.

Ein wichtiger Lebensraum für Wildbienen und andere Insekten sind blütenreiche Wiesen. Wir wollen im Stadtgebiet weitere Blumenwiesen anlegen und dafür sorgen, dass diese insektenschonend gemäht werden.

Die Wälder in Mannheim dienen der Naherholung und nehmen eine wichtige Funktion für angenehme, klimatische Verhältnisse ein. Die Hitze und Trockenheit der letzten Jahre stresst auch den Wald. Große Schäden sind bei den Kiefern zu verzeichnen, viele Bäume sterben ab oder sind von Krankheiten geschwächt. Wir begrüßen die Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln im Rahmen des Dringlichkeitsplans, um den Wald an den Klimawandel anzupassen und seine Funktion dauerhaft zu sichern. Hier legen wir Wert darauf, dass der Wald möglichst naturnah mit heimischen, wärmetoleranten Baumarten aufgeforstet wird. Die großflächige Pflanzung von außereuropäischen Arten sehen wir sehr kritisch, weil deren Auswirkungen auf das Ökosystem Wald und seine vielfältigen Wechselwirkungen nicht absehbar sind.

Innerstädtische Grünzüge sind die klimatischen und ökologischen Leitbahnen, die die Freiräume der Stadt mit dem Umland verbinden. Unsere Grünzüge sind durch vielfältige Baumaßnahmen mittlerweile stark beeinträchtigt und nur noch bedingt leistungsfähig. Im Freiraumkonzept sind Strategien entwickelt und erste Maßnahmen für die Sicherung und Aufwertung dieser Bereiche aufgeführt. Wir wollen auf diesen Vorschlägen aufbauen und erste Umsetzungen jenseits des Grüngugs Nordost zügig auf den Weg bringen. Geplant wurde lange genug, jetzt ist die Zeit reif für Umsetzungen.

Stadtparks und BUGA

Für die GRÜNE Fraktion hatte die ökologische und klimatische Entwicklung des Grüngugs Nordost und der BUGA 2023 von Anfang an oberste Priorität. Für das Spinelli-Gelände ist uns wichtig, die Lebensräume für die nachgewiesenen, stark





gefährdeten Arten zu erhalten. Dies ist nach den derzeitigen Planungen auch vorgesehen, was wir sehr begrüßen. Wenn wir die BUGA konzeptionell auf den Klimawandel und den Erhalt der Biodiversität ausrichten, wird sie, ein gutes Marketing- und Verkehrskonzept vorausgesetzt, ein Erfolg werden.

Im LSG Feudenheimer Au dagegen sind die Konflikte mit dem Artenschutz und Verbrauch von natürlichem Boden weiterhin vorhanden.

Für den Grüngzug Nordost sind insgesamt 105 Mio. Euro Investitionen angesetzt, von den in Aussicht gestellten Zuschüssen in Höhe von 40 bis 50 Mio. Euro sind bisher nur 20 Mio. Euro sicher im Landeshaushalt verankert. Wir erwarten von der BUGA-Gesellschaft verstärkte Anstrengungen, die angestrebt Fördergelder zu akquirieren. Der Kostendeckel muss gewahrt bleiben, und die Klimaauswirkungen sollen berücksichtigt werden.

Der Luisenpark wird ein Teil des BUGA-Ausstellungsgeländes, der Neubau des Grünen Erlebniszentrums nimmt Gestalt an. Die Planungen sind vielversprechend, doch die Kostensteigerung ist besorgniserregend.

Angesichts der Kostenentwicklungen beim Grüngzug und dem Luisenpark werden in den nächsten Monaten intensive Beratungen nötig sein, um mit den zur Verfügung stehenden Mitteln ein Optimum für die Stadt und die Mannheimer Bürger*innen zu gestalten. Dabei muss auch der Herzogenriedpark mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden, um die Maßnahmen aus dem Beteiligungsprozess zu realisieren.

In gut drei Jahren wird die BUGA 2023 eröffnet, die Zeit wird langsam knapp, und eine erfolgreiche BUGA 2023 kann nur als BUGA der Mannheimer*innen gelingen. Die Bürger*innen müssen sich ernst genommen fühlen und das Projekt mittragen.

Tierschutz: Respekt und Würde für das Geschöpf

Mahadma Gandhi hat einmal gesagt, dass man Größe und moralischen Fortschritt einer Nation daran messen kann, wie sie ihre Tiere behandelt. Wir Menschen tragen nicht nur Verantwortung im Umgang miteinander, sondern auch Verantwortung für Tiere. Tiere haben Rechte, und im Umgang mit schutzbedürftigen Lebewesen beweisen wir Menschlichkeit.

Deshalb wollen wir GRÜNE Tierschutz in Mannheim wieder großschreiben. Wir setzen uns für die Einrichtung eines Tierschutzfonds ein, aus dem Projekte und ehrenamtliche Arbeit auf dem Gebiet des Tierschutzes finanziert werden können. Unter anderem durch vorrückende Wohnbebauung und Flächenversiegelung verlieren immer mehr Wildtiere, darunter auch viele unter Artenschutz stehende Tiere, ihren Lebensraum. Zahlreiche Ehrenamtliche kümmern sich in Mannheim um verletzte und hilfsbedürftige Wildtiere. Dabei entstehen hohe Kosten für Pflege und tierärztliche Versorgung, welche größtenteils von den Ehrenamtlichen privat getragen werden. Aufgrund der steigenden Fallzahlen stoßen die Ehrenamtlichen dabei zunehmend an ihre Grenzen. Durch den Fond könnte unter anderem diese Arbeit unterstützt werden.

Wir GRÜNE setzen uns auch für eine ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung des Mannheimer Veterinäramts ein. Nur durch effektive Kontrollen privater wie gewerblicher Tierhaltung kann die Einhaltung gesetzlicher Vorgaben sichergestellt werden.

Mit der Einrichtung der Position der ehrenamtlichen Tierschutzbeauftragten haben wir bereits einen Erfolg in Sachen Tierschutz erzielt. Die Tierschutzbeauftragte leistet Aufklärungsarbeit und

berät Bürger*innen, Vereine, Verwaltung und Politik bei tierschutzrelevanten Fragestellungen. Diese ehrenamtliche Stelle muss weiterhin finanziell abgesichert und langfristig ausgebaut werden.

Ernährung und Landwirtschaft – Qualität für Käufer*innen, Schutz für die Natur

Ernährung ist nicht nur eine Frage des Genusses und der Gesundheit. In Deutschland sind etwa 20 Prozent der CO₂-Emissionen auf die Ernährung zurückzuführen. Der Großteil aller tierischen Produkte stammt nach wie vor aus industrialisierter Massentierhaltung, in der Tiere unter nicht artgerechten Bedingungen gehalten werden.

Mit dem Leitbild 2030 hat sich die Stadt Mannheim der Nachhaltigkeit und dem Klimaschutz verpflichtet. Durch ein gesundes und nachhaltiges Nahrungsmittelangebot mit mehr pflanzlichen und regionalen Lebensmitteln in Bioqualität in Kindertageseinrichtungen und Kantinen von öffentlichen Einrichtungen kann die Stadt Mannheim einen konkreten Beitrag zur Erreichung dieser Ziele leisten und gleichzeitig Tierleid entgegenwirken.

Landwirtschaft spielt eine wichtige Rolle für den Natur- und Klimaschutz. Ökolandbau schont Ressourcen, stärkt die biologische Vielfalt und trägt dazu bei, das massive Insekten- und Bienensterben einzudämmen. Deshalb setzen wir GRÜNE uns für die Förderung der biologischen Landwirtschaft ein. Wir wollen unsere Bauern beim Umstieg auf Biolandbau und eine artgerechtere Tierhaltung unterstützen und bei der Neuverpachtung städtischer Flächen Ökolandbau bevorzugen. Durch Direktvermarktung von Bio-Produkten aus der Region können auch regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt werden.

Lärmquellen bekämpfen – keine Toleranz für Poser

Straßenlärm ist die häufigste Lärmquelle in einer Stadt. Da er permanent vorhanden ist, nehmen wir ihn besonders dann wahr, wenn er lauter ist als „gewohnt“. Bereits eine Autohupe wird mit 100dB als „sehr laut bis unerträglich“ eingestuft www.vcd.org/themen/verkehrslaerm/

Die sogenannten Poser prägen das Stadtbild mittlerweile nicht nur in der warmen Jahreszeit. Getunte Autos machen vor allem in den Quadraten und am Ring extremen Lärm und stellen darüber hinaus durch zu hohe Geschwindigkeit eine erhebliche Gefährdung im Straßenverkehr dar. Wir GRÜNE

wollen die Stadt weniger lärmintensiv und damit weniger gesundheitsschädigend gestalten. Je weniger Fahrzeuge in der Stadt täglich auf der Straße sind, desto weniger Lärmbelastung gibt es. Unter anderem mit diesem Ansatz wollen wir die Alternativen zum motorisierten Verkehr ausbauen.

Mannheim ist durch Fluglärm doppelt belastet: durch den Betrieb des innerstädtischen Verkehrslandeplatzes Mannheim-Neustadt sowie durch Flugverkehr vom Flughafen Frankfurt. Beim Verkehrslandeplatz setzen wir uns schon seit vielen Jahren für eine Schließung ein. Beim internationalen Flugverkehr wollen wir eine Reduktion der Flugbewegungen sowie eine striktere Einhaltung der Regeln erreichen – der Einfluss Mannheims ist hier gering.

Neben dem Fluglärm beschäftigen vor allem der Bahnlärm und Pläne für eine Zunahme des Schienengüterverkehrs in Mannheim die Menschen. Für uns gilt auch weiterhin: Die Planung für den Bahnknoten Mannheim muss mit größtmöglichem Schutz von Mensch und Natur gemacht werden. Wir wollen, dass alle denkbaren Varianten geprüft werden. Die beste Lösung muss die sein, die Belastungen von Anwohner*innen und die Eingriffe in die Natur weitestgehend minimiert und dabei die zukünftigen Herausforderungen für den Güter- und Personenverkehr auf Schienen bestmöglich erfüllt. Dazu gilt es auch (Teil-) Untertunnelungen sowie eine Führung im (gedeckelten) Trog zu prüfen. Ein Ausbau bestehender Strecken muss wie ein Neubau behandelt werden, damit der Lärmschutz gewährleistet und finanziert werden kann.

Den Laubbläsern, die auf und vor privaten Flächen eingesetzt werden, kann die Stadt nichts entgegensetzen, da die Gesetzgebung kein Verbot vorsieht. Die Stadt muss mit gutem Vorbild vorangehen und den Einsatz von Laubbläser bei der Reinigung reduzieren. Dies ist für Anwohner*innen nicht nur angenehmer, sondern schont auch Kleinstlebewesen, die unter dem Laub Zuflucht suchen.

Mannheim leistet Großes und ist Heimat in Vielfalt

Mannheim beheimatet Menschen aus über 170 Nationen. Das verstehen wir GRÜNE als eine große Bereicherung für unsere Stadt. Wir sind uns aber auch bewusst, dass die damit einhergehende kulturelle Vielfalt eine Herausforderung sein kann. Denn viele internationale Konflikte spiegeln sich hier im Kleinen. Wir begrüßen es daher sehr, dass wir mit der Mannheimer Erklärung eine Basis für ein friedvolles Zusammenleben mit der Zivilgesellschaft erarbeiten konnten. Nun gilt es diese Erklärung in den Vereinen und der Stadtgesellschaft untereinan-

der tatsächlich zu leben. Mannheim handelt hier jetzt schon als kommunale Aufnahmestadt, denn Mannheim kann Integration, und viele Engagierte sind bereit dazu beizutragen.

Die Stadt Mannheim erbrachte in den letzten Jahren herausragende Integrationsleistungen, die durch ehrenamtliches Engagement und eine stetige Projektförderung unterstützt wurden.

Die Stärkung des Mannheimer Bündnisses für ein Zusammenleben in Vielfalt, bleibt weiterhin eine Kernaufgabe der Integrationspolitik in Mannheim.

Die großen Themenfelder Zuwanderung aus Südosteuropa, Aufnahme von Geflüchteten mit Bleibeperspektive und der Auf- und Ausbau von Integrationsarbeit wird durch den eingerichteten Integrationsfonds und den Flüchtlingsfonds gewährleistet, den wir als GRÜNE Fraktion im letzten Haushalt initiiert haben. Eine Kürzung des Flüchtlingsfonds, wie im Haushaltspunkt vorgesehen, ist in Anbetracht der anstehenden Integrationsaufgaben nicht akzeptabel. Dieser Fonds ist gerade für eine nachhaltige Arbeit der Ehrenamtlichen in der Integrationsarbeit von großer Bedeutung, da er viele Maßnahmen unbürokratisch unterstützt.

Auch im Jahr 2019 flohen Menschen vor Krieg, Diskriminierung, Unterdrückung und Hunger. Die Europäische Union gibt hier nach wie vor ein trauriges Bild ab und hat es leider bis heute nicht geschafft die Seenotrettung zu regeln. Mit unserem Antrag zur Ausrufung von Mannheim als sicherem Hafen erkennen wir unsere humanitäre Aufgabe und globale Verantwortung an. Die Bereitschaft

geflüchtete Menschen aus Seenot aufzunehmen, muss aber auch in konkretes Handeln umgesetzt werden.

In den letzten Jahren haben wir mit vielen Mitteln die Infrastruktur für die Integrationsarbeit sowohl in der Verwaltung als auch in der Stadtgesellschaft geschaffen. Auch die Mannheimer Wirtschaft hat ihren Beitrag dazu geleistet.

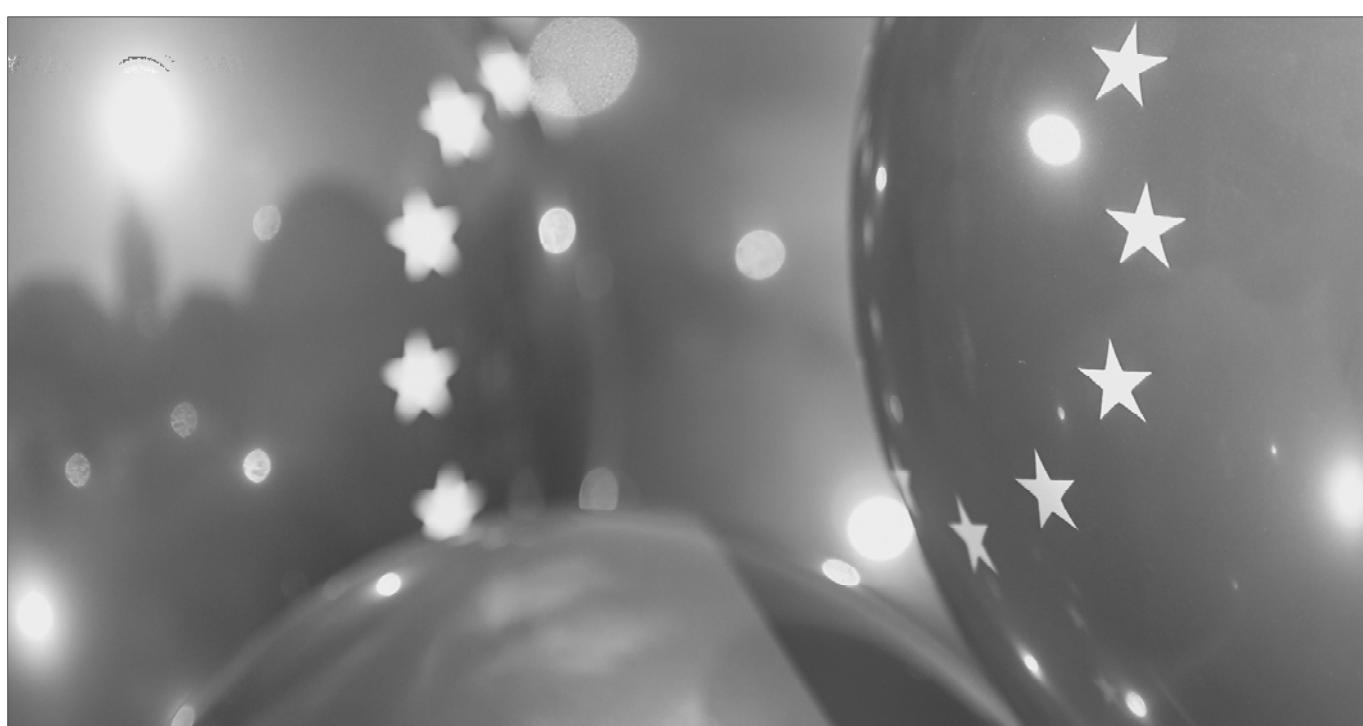
Wir leben Europa

Wir Mannheimer*innen sind überzeugte Europäer*innen.

Genau deshalb werden wir GRÜNE uns dafür einsetzen, dass das bürgerschaftliche Engagement für Europa insbesondere bei jungen Mannheimer*innen unterstützt wird.

Das Bewusstsein für die Idee eines solidarischen und offenen Europas muss auch in unserer Kommune gestärkt werden. Europa bietet uns nicht nur offene Grenzen und den Austausch in Wirtschaft, Kultur und Bildung. Es hat uns in den letzten Jahren die Umsetzung vieler wichtiger Projekte, wie der Gründungszentren oder das Programm „Die soziale Stadt“ ermöglicht.

Für die Menschen in Mannheim die aus dem Vereinigten Königreich kommen, wünschen wir uns nach wie vor den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union. Im Falle eines (harten) Brexits, müssen diese Mannheimer*innen unsere Unterstützung erfahren.





Mannheim übernimmt Verantwortung – für sich und in der Welt

In dem vom Gemeinderat verabschiedeten Leitbild 2030 werden die Ziele der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung auch im Bereich der kommunalen Entwicklungspolitik implementiert. Mannheim ist ein Vorbild für die internationale Zusammenarbeit von Städten und wird dies auch zukünftig sein.

Um die globalen Herausforderungen zu stemmen, werden der europäische und internationale Austausch von Städten und deren gemeinsame Kooperationen in allen Bereichen immer wichtiger. Beste Beispiele hierfür sind die Schaffung einer gemeinsamen Kläranlage in Hebron oder die Errichtung eines Berufszentrums für geflüchtete Frauen in Kilis, einer Stadt an der syrisch-türkischen Grenze. Wir GRÜNE unterstützen diese Maßnahmen.

Mit einem verantwortungsvollen Konsum und dem Siegel „Fair Trade Town“ setzt sich die Stadt Mannheim gezielt für fairen Handel auf kommunaler Ebene ein. Dieses mittlerweile seit sieben Jahren andauernde Engagement sollte sowohl in der Stadtverwaltung als auch bei allen städtischen Töchtern zum Standard werden. Hier gibt es in der Tat noch einiges zu tun!

LSBTIQ – Gleiche Rechte für buntes Leben

Anstatt sexuelle Vielfalt als selbstverständlich anzuerkennen diskutiert Deutschland zwei Jahre nach Einführung der „Ehe für alle“ über ein Verbot der „conversion therapy“ für Minderjährige. Dass die gefährliche sogenannte „Homo-Therapie“ hierzu-

lande immer noch erlaubt ist und nun lediglich für Minderjährige verboten werden soll, belegt eindrucksvoll, wie weit der Weg ist, den wir noch gehen müssen.

Wir GRÜNE finden es deshalb umso wichtiger Initiativen, Projekte und Vereine zu unterstützen die sich für Rechte der LSBTIQ stark machen und Beratung anbieten. Um die Sichtbarkeit der queeren Community zu steigern und ihre Arbeit zu fördern, machen wir GRÜNE uns für queere Belange stark und wollen uns für geeignete und geschützte Räume einsetzen.

Zur Einrichtung eines queeren Jugendzentrums läuft ein Beteiligungsverfahren mit Jugendlichen und Initiativen – wir sind gespannt auf die Ergebnisse.

Außerdem gilt es, auch die Belange queerer Frauen besser zu vertreten. Entsprechend sind wir GRÜNE weiterhin für eine paritätische Besetzung der LSBT-Beauftragten.

Auch Menschen dritten Geschlechts müssen angemessen berücksichtigt werden – hier wollen wir uns für eine konsequente Umsetzung durch die Verwaltung einsetzen.

PLUS übernimmt mit KOSI.MA für die Stadt Aufgaben im Bereich der Gesundheitsversorgung. Diese gilt es zu sichern. Es kann nicht sein, dass es aufgrund fehlender Mittel beispielsweise bei der stark nachgefragten Beratung oder den ebenso stark nachgefragten Testangeboten zu Einschränkungen kommen muss.

Für Meinungsfreiheit – gegen Hass und Hetze

Mannheim ist eine bunte Stadt und soll für ein friedliches Zusammenleben geprägt von Toleranz, Verständnis und Respekt stehen. Die Mannheimer

Erklärung wird breit getragen und muss mehr und mehr mit Leben gefüllt werden.

Nicht erst seit dem feigen Terrorakt in Halle wissen wir, die Saat für solche Taten wird mit Worten gesät. Die Probleme dieser Zeit sind nicht verursacht durch Menschen, die eingewandert und vor Hunger, Krieg und Terror zu uns geflohen sind. Wer das behauptet, kümmert sich nicht um Lösungen, sondern spaltet in voller Absicht unsere Gesellschaft. Demokratie braucht Streit und Auseinandersetzung, aber Hass und Hetze haben nichts mit Meinungsfreiheit zu tun. Wer zudem Hetze gegen engagierte Menschen in der Flüchtlingshilfe betreibt, wer Rassisten, Antisemiten und Islamophobe in seinen Reihen duldet, der macht sich mitschuldig, wenn aus Hass und Hetze Taten werden.

Als Mannheimer*innen kämpfen wir dafür, dass alle frei und ohne Angst ihre Meinung sagen dürfen. Aber genauso kämpfen wir gegen diejenigen, die diese Freiheit missbrauchen und unter falschem Etikett fremdenfeindliche Ressentiments verstärken, Zwietracht säen und die Gesellschaft spalten!

Wir wollen daher Projekte und Initiativen stärken, die sich gegen Rechtsradikalismus engagieren, die aufklären und den Wölfen den Schafspelz herunterziehen. Mit einem entsprechenden Fördertopf könnten die Aktivitäten gegen Rechts deutlicher und konsequenter gefördert werden.

Sicherheit und Ordnung

Beim Thema Sicherheit und Ordnung setzen wir GRÜNE weiterhin verstärkt auf Prävention. Trotz sinkender Kriminalitätsrate ist das Sicherheitsgefühl der Bürger*innen nicht gestiegen. Wir wollen, dass sich die Menschen in Mannheim sicher fühlen können, egal zu welcher Uhrzeit, egal in welchem Stadtteil. Dies gilt insbesondere auch für Frauen: Die Einrichtung des Frauennachttaxis war ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Frauen sollen in der Stadt ohne Angst leben können. Sexuelle Belästigungen sind nicht erst seit der #Meetoo-Debatte kein Tabuthema mehr. Bereits bei der Planung neuer Bebauungen müssen Angsträume ausgeschlossen werden. Gut ausgeleuchtete Straßen erhöhen das Sicherheitsgefühl.

Mehr Sicherheit erreichen wir nicht durch Videokameras, sondern durch Menschen vor Ort. Da die Polizei nicht überall sein kann, wollen wir Projekte zur Stärkung der Zivilcourage unterstützen.

Potenzielle Gefahren für unsere Sicherheit gehen von den tausenden Waffen in privater Hand in Mannheim aus. Derzeit wird die erhobene Verwaltungsgebühr für eine Waffenkontrolle um 50% reduziert, wenn keine Beanstandung festgestellt wird. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Gebühren für Waffenkontrollen kostendeckend erhoben werden. Es ist nicht einzusehen, dass ein schlichtweg gesetzeskonformes Verhalten durch eine Gebührenreduktion belohnt wird und die Allgemeinheit die Kosten dafür zu tragen hat.

Die Feuerwehr sieht sich angesichts der städtebaulichen Entwicklungen, insbesondere durch die Bebauung der Konversionsflächen, vor neuen Anforderungen. Um die Sicherstellung des Brandschutzes und der Hilfeleistung durch die Feuerwehr auch künftig gewährleisten zu können, unterstützen wir die Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans.

Auch die anstehende Inbetriebnahme der integrierten Leitstelle stellt eine weitere Herausforderung dar. Die derzeitige Sanierung der Wache Nord im laufenden Betrieb bedeutet für die Feuerwehrleute eine erhebliche Belastung. Wir wollen die Feuerwehr hier unterstützen und ein verlässlicher Partner sein.

Die Folgen des Klimawandels sind auch für die Feuerwehr zu spüren. Vermehrte Starkregenereignisse und erhöhte Brandgefahren in den heißen und trockenen Sommermonaten führen zu Großeinsätzen, die auch personell gestemmt werden müssen. Hier ist eines klar: Sicherheit hat oberste Priorität und darf keine Frage des Geldes sein.

Die Polizeiverordnung hat uns nicht nur dabei geholfen, Zigarettenkippen von Kinderspielplätzen zu vertreiben, sie soll uns auch bei unserem Engagement für Mehrweg- und gegen Einwegverpackungen helfen: Wir wollen, dass bei Veranstaltungen im öffentlichen Raum zukünftig nur noch Mehrwegbehältnisse gegen Pfand ausgegeben werden.

Wohnen ist ein Grundrecht

Auch in Mannheim ist der Wohnungsmarkt angespannt. Bezahlbarer Wohnraum ist kaum zu finden. Während die Hausbesitzervereinigung „Haus und Grund“ gegen den Mietspiegel klagt, müssen wir umso stärker die Entwicklung der Mietpreise mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bremsen. Dazu gehört, dass die Werkzeuge Mietpreisbremse und eine starke Kappungsgrenze ab 2020 auch in Mannheim ihre Wirkung entfalten können.

Noch immer haben Familien mit Kindern, ältere Menschen, Alleinerziehende, Studierende sowie



Menschen mit Zugangsproblemen zum privaten Wohnungsmarkt wie beispielsweise Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderung sehr große Probleme, geeigneten und bezahlbaren Wohnraum zu finden. Wir stehen für eine soziale Durchmischung in allen Stadtteilen bis hin in einzelne Wohnblöcke. Die Adresse darf nicht Zeichen des sozialen Status sein. Mit der 30%-Sozialquote im „12 Punkte-Programm“ haben wir als Stadt einen wichtigen Schritt hin zu bezahlbarem Wohnen gemacht. Dieses Programm muss nun weiter mit Leben gefüllt werden.

Wir GRÜNE wollen ein Modell für einen revolvierenden Wohnungsbaufonds entwickeln, um zukünftig eine zusätzliche Finanzierungsquelle für bezahlbaren Wohnraum und soziale Wohnprojekte zu haben. Die Förderung von Mietsyndikaten, Mehrgenerationenhäusern, genossenschaftlichem Bauen und anderen gemeinschaftlichen Wohnprojekten muss gestärkt werden. Hier wollen wir Stabsstellen einrichten zur Betreuung solcher Projekte und für ein kluges Wohnraummanagement. Diesen Projekten sollen auch vergünstigte Grundstücke zur Verfügung gestellt werden.

Boden ist der Rohstoff für Wohnraum. Daher müssen wir mit kommunalen Grundstücken sehr sorgsam umgehen. In den letzten Jahren wurden sehr viele Grundstücke ohne strengere Auflagen wie z.B. Rücktrittsrechte, Gewinnbeteiligungsklauseln, soziale und ökologischen Kriterien verkauft. Wir GRÜNE haben uns für eine entsprechende Überarbeitung der Grundstückverträge eingesetzt und freuen uns, dass dafür eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe eingerichtet wurde. Unsere Forderung für einen Bodenfonds, mit dem die Stadt wieder aktiv Grundstücke kauft, statt nur zu verkaufen, wurde aufgenommen und muss nun mit den notwendigen Finanzmitteln ausgestattet werden. Damit kann die Stadt ihren Einfluss stärker in der Städteplanung geltend machen.

Die GBG als unsere städtische Wohnungsbaugesellschaft legt mittlerweile einen stärkeren Akzent auf Bau und Erhalt von bezahlbarem Wohnungsbau und versucht auch in den Stadtteilen stabilisierend einzutreten. Das begrüßen wir und werden dies weiter unterstützen. Die GBG sollte mit aller Kraft mithelfen den Anstieg der Mietpreise noch deutlicher zu bremsen.

Wir wollen auch einen stärkeren Blick auf die Nebenkosten richten. Energetische Sanierungen helfen nicht nur dem Klimaschutz, sondern auch bei der Begrenzung der Warmmiete und senken so die Nebenkosten.

Die Vergabe nach Konzeptqualität, flächenoptimiertes Bauen und ein vielfältigeres und weniger eintöniges Gestalten von Wohnprojekten wollen wir weiter befördern. Dach- oder Fassadenbegrünung sowie Hinterhofentsiegelungen sind wichtige Beiträge auch zum Wohnklima und zum Klimaschutz. Tiefgaragen verteuern Bauprojekte enorm und verhindern in der Regel Baumpflanzungen in Innenhöfen. Hier braucht es andere und zukunfts-fähige Ideen, die auch die Mobilitätswende im Blick haben.

Obdachlosigkeit muss verhindert werden indem wir auch diesen Menschen Wohnraum anbieten und sie solidarisch unterstützen, ihr Leben in Würde zu verbringen. Dafür haben wir bereits einen Runden Tisch beantragt.

Gerechtigkeit beginnt mit besten Chancen für alle

Ziel grüner Sozialpolitik ist es, sozial gerecht Teilhabeberechte und Selbstbestimmung zu gewährleisten, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unse-

rer Stadt zu stärken. Auch das Leitbild Mannheim 2030 stellt sich dieser Aufgabe mit der Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs) in städtisches Handeln. Im Bereich der Sozialpolitik sind hier vor allem die soziale und kulturelle Teilhabe aller Mannheimer*innen und die Bekämpfung von Armutsriskiken zu nennen. Der Mannheimer Sozialatlas aus dem Jahr 2017 gibt uns dazu einen guten Überblick über die sozialen Lebenslagen der Mannheimer Bevölkerung. Leider zeigt uns der Sozialatlas aber, dass wir von der Verwirklichung der Sicherstellung der sozialen und kulturellen Teilhabe aller Mannheimer*innen noch ein ganzes Stück entfernt sind.

Nach wie vor bestehen in Mannheim leider große Unterschiede zwischen den einzelnen Stadtbezirken. Ein geeignetes Instrument den Zusammenhalt und die interkulturelle und generationenübergreifende Gemeinschaft in den Nachbarschaften zu stärken ist die Quartiersarbeit. Wir wollen die Arbeit von Quartiermanagement und Quartierbüro bedarfsgerecht ausbauen, um das Leben in den Quartieren zu stärken.

Wir GRÜNE legen großen Wert darauf Armutsriskiken zu erkennen und zu vermeiden. Geringes Einkommen geht häufig mit eingeschränkten gesellschaftlichen Möglichkeiten, verringriger Teilhabe und schlechterer sozialer Integration einher. Jede*r zehnte Einwohner*in in Mannheim ist nach Zahlen des Sozialatlases auf Mindestsicherungsleistungen angewiesen. Der neue Gesellschaftsreport Baden-Württemberg 2019 zeigt, dass dies die Lebensqualität und Selbstverwirklichung der Betroffenen stark einschränkt. Armutgefährdete, bzw. Menschen unterhalb der Armutsschwelle, die sich regelmäßig politisch oder zivilgesellschaftlich beteiligen sind zufriedener mit ihrem Leben. Darum müssen auch in Mannheim Angebote zur politischen Bildung für Menschen in prekären Lebenslagen vermehrt aufgebaut werden. Es geht hier darum, durch neue, partizipative Formate bessere Zugänge für Betroffene herzustellen. Außerdem müssen Angebote wie in Waldhof-Ost oder das Kulturparkett weiterhin verlässlich finanziert sein. Sofern diese Angebote von freien Trägern angeboten werden, gilt es eine schrittweise Dynamisierung der Zuschüsse zu realisieren, damit tarifliche Personalsteigerungskosten aufgefangen und faire Löhne gezahlt werden können.

Das Älterwerden hat einen neuen Stellenwert in unserer Gesellschaft erhalten. Der Lebensabschnitt des aktiven Ruhestands hat sich verlängert. Wir möchten den Blick auf die Erfahrungen und Ressourcen von Senior*innen richten. Wir setzen uns daher für eine Weiterentwicklung der offenen Senior*innenarbeit in Mannheim ein. Für uns ein wichtiger Baustein, damit ältere Menschen ein selbstbestimmtes und gesellschaftlich aktives

Leben führen können und möglichst lang im eigenen Zuhause leben können. Gleichzeitig wollen wir mit diesen Angeboten der Vereinsamung älterer Menschen entgegenwirken und dadurch den Zusammenhalt stärken.

Überschuldung von Haushalten ist nach wie vor ein großes Problem in Mannheim. Wir liegen hier leider deutlich über dem Landesschnitt. Psychische Erkrankungen, soziale Ausgrenzung, defizitäre Gesundheitszustände sind häufig Folgen einer Überschuldung. Eine besondere Risikogruppe sind nach wie vor Alleinerziehende, so dass hier v.a. auch viele Kinder von Überschuldung stark beeinträchtigt werden. Es muss daher in unserem Interesse sein Überschuldung v.a. präventiv zu bekämpfen. Auch die Gruppe der Jugendlichen und der jungen Erwachsenen müssen wir hier noch zielgenauer in den Blick nehmen.

Wir GRÜNE wollen die Menschen stärker in den Blick nehmen, die häufig außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung liegen. Ein besonderer Fokus liegt für hierbei auf der Situation von obdachlosen Menschen. Beratungsangebote, die dabei helfen sollen, dass Menschen nicht in die Obdachlosigkeit kommen bzw. aus Obdachlosigkeit wieder herauskommen, sind hierbei wichtige Bausteine. Auch die Beratung und Betreuung von Strafgefangenen, Haftentlassenen und deren Angehörigen ist uns ein wichtiges Anliegen, da dies wichtige Bausteine zur Resozialisierung sind.

Aufbauend auf den Daten aus dem Sozialatlas soll in Mannheim eine Veranstaltungsreihe zum Thema „Armut in Mannheim – Handlungserfordernisse“ stattfinden. In diesen Beteiligungs- / Planungsrunden entwickeln Bürgerinnen und Bürger, Fachverwaltung und Politik konkrete Handlungserfordernisse und Ziele für die zukünftige Politik zur Bekämpfung von Armut.

Gesundheit: Gute Versorgung in der Breite, Aufmerksamkeit für Menschen mit Einschränkungen

Die Kommunale Gesundheitskonferenz in Mannheim hat sich vorbildlich entwickelt und adressiert mit ihren Schwerpunktthemen vom gesunden Aufwachsen über die Teilhabe Betroffener bis hin zum gesunden Altwerden und Altsein alle für unsere Stadt relevanten Themen in kontinuierlicher Weise. Für uns GRÜNE sind auch in diesem Politikfeld die Teilhabemöglichkeiten und Selbsthilfeaktivitäten von besonderer Bedeutung. Deshalb werden wir uns für die entsprechenden Aktivitäten einsetzen: Von der Selbstorganisation der ehren-



amtlichen Selbsthilfegruppen im Gesundheitstreffpunkt über das selbstverständliche Umsetzen von umfänglicher Barrierefreiheit und Inklusion in unserem Verwaltungshandeln und unserer Stadtentwicklung bis hin zum Engagement für gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe unabhängig von Alter, Gesundheitszustand oder Einkommen.

Wir freuen uns über den inzwischen erreichten überfraktionellen Konsens, dass die Universitätsmedizin Mannheim (UMM) in ihrer notwendigen baulichen und inhaltlichen Weiterentwicklung auch unserer städtischen finanziellen Unterstützung bedarf. Wir begrüßen ausdrücklich die entsprechenden Planungen der aktuellen Geschäftsführung und deren enge Abstimmung mit der Fakultät und dem Land Baden-Württemberg und ganz besonders die sich entwickelnde Kooperationskultur zwischen den verbliebenen beiden großen Krankenhausträgern Klinikum und Barmherzige Brüder Trier. Letztere ist für uns GRÜNE angesichts der für die allermeisten Kliniken in Deutschland weiterhin äußerst schwierigen gesundheitspolitischen Gesamtlage auf Bundes- und Länderebene geboten.

Beste Chancen für Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft. Darum ist es unsere Pflicht, beste Voraussetzungen zum guten und gesunden Aufwachsen in Mannheim zu schaffen. In seiner Rede zum vorliegenden Entwurf des Doppelhaushalts 2020/2021 hat der Oberbürgermeister die Bereiche Bildung, Betreuung, Integration und Inklusion als „bestimmende Konstanten des Wachstums“ im städtischen Haushalt identifiziert. Wir brauchen mehr Betreuungsplätze sowohl in Krippe und Kita, als auch bei der Schulkindbetreuung. Dabei sind wir als Stadt gut beraten, wenn wir nicht nur auf große städtische

Einrichtungen setzen, sondern, das Subsidiaritätsprinzip achtend, die freien Träger einbeziehen.

Dabei müssen auch die kleinen freien Träger berücksichtigt werden, die durch ein großes ehrenamtliches Engagement getragen werden. Zuschüsse zu Neubauten sind sicherlich ein richtiges Instrument, um große freie Träger beim Ausbau des Krippen- und Kita-Angebotes zu unterstützen. Wir GRÜNE wollen aber genauso das Angebot der kleinen freien Träger unterstützen und einen Ausbau ermöglichen. Hier muss die Stadt tätig werden und mehr Geld in die Hand nehmen. Der Ausbau der Kinderbetreuung und die Hilfen zur Erziehung sind voraussichtlich nicht ausfinanziert, sondern müssen bei größerem Bedarf über Mittel aus dem Dezernat bzw. aus dem Gesamthaushalt gedeckt. Hier muss die Verwaltung ihr Wort halten und dieses zentrale Thema in den kommenden beiden Jahren über ggf. zusätzliche Mittel aus dem Gesamthaushalt finanzieren.

Unabhängig vom jeweiligen Träger gilt: Krippen und Kitas sind von großer Bedeutung für die Verbesserung der Chancen unserer Kinder. Wir müssen die Einrichtungen und ihre Angebote entsprechend der Bedürfnisse der Kinder und ihrer Familien weiterentwickeln. Dabei geht es selbstverständlich auch um einen zahlenmäßigen Ausbau der Ganztagesplätze und eine Erweiterung der Betreuungszeiten beispielsweise für Eltern im Schichtdienst. In Krippen und Kitas beginnen Inklusion, gelingende Sprachförderung und gute und vertrauensvolle Elternarbeit. Dafür brauchen wir sehr gut ausgebildetes und ausreichendes Fachpersonal. Die Stadt muss darum die PIA-Ausbildungsplätze ausbauen und dabei auch die freien Träger einbeziehen und unterstützen.

Auch bei der Schulkindbetreuung sehen wir Nachholbedarf. Hier spielen die freien Träger eine wichtige Rolle, und im Dialog sollte herausgefunden werden, wie diese ihr Angebot noch ausbauen kön-

nen. Wichtig ist, dass auch in der Hortbetreuung die Qualität der Betreuung eine große Rolle spielt. Sowohl in städtischen Horteinrichtungen als auch bei den freien Trägern muss deshalb pädagogisches Personal in der Mehrzahl sein. An dieser Stelle wollen wir bekräftigen, dass für uns GRÜNE der weitere Ausbau des Angebots an Ganztagsesschulen der richtige Weg ist, und zwar nicht nur mit Blick auf die Betreuungssituation: Der rhythmisierte Ganztag an Schulen bietet Kindern und Jugendlichen die besten Chancen auch mit Blick auf das soziale Lernen. Darum wollen wir, dass das System MAUS weiterentwickelt und Ganztagsesschulen bei ihren vielfältigen Aufgaben auch von Schulträgerseite noch besser unterstützt werden.

Wir GRÜNE wollen, dass die Stadt dafür Sorge trägt, dass Krippe, Kita, Hort und Schule echte Lebensorte sind, an denen Kinder und Jugendliche gerne ihre Zeit verbringen und an denen ungleiche Startbedingungen ausgeglichen werden.

Unsere Stadt durch Kinderaugen sehen

Eine fleischarme, ausgewogene Ernährung mit einem hohen Anteil an Bio-Produkten ist aus unserer Sicht nicht nur von ökologischer Bedeutung, sondern dient vor allem der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Gerade in Schulen mit einer hohen sozialräumlichen Belastung müssen wir als Stadt Mittel und Wege finden, dass ausnahmslos alle Kinder in den Genuss eines MittagesSENS kommen. Das darf nicht vom „ehrenamtlichen“ Engagement der Schulgemeinschaft abhängen. Der erste Gesundheitsbericht für Kinder und Jugendliche in Mannheim muss Grundlage weiterer Maßnahmen sein. Ausgewogene Ernährung und ausreichend Bewegung ist eine wichtige

Grundlage für gesundes Aufwachsen. Das muss auch bei der Gestaltung der Schulhöfe berücksichtigt werden: Gepflasterte Höfe mit ein paar Klettergeräten sind nicht mehr zeitgemäß. Wir müssen – auch mit Blick auf immer rasantere fortschreitende klimatische Veränderungen – die Entsiegelung unserer Schulhöfe und deren Neugestaltung dringend in Angriff nehmen. Hier spielen Schulgärten, naturnahe Gärten, Gärtnern in Hochbeeten eine große Rolle. Mit geeigneten Angeboten muss die Stadt hier unterstützend tätig werden. Dafür braucht es weit mehr Mittel, als sie im vorliegenden Haushaltsentwurf vorgesehen sind.

Ein weiterer wichtiger Punkt bei der Gestaltung des Lebensorts Schule ist der bereits beschlossene Ausbau der Schulsozialarbeit an unseren Schulen. Daran gibt es für uns nichts zu rütteln. Ebenso sehen wir eine große Verpflichtung gegenüber Jugendlichen, die Unterstützung beim Übergang in Ausbildung und Beruf benötigen. Hier wurden mit der Jugendberufsallianz, den Ausbildungslotsen und -helfer*innen und den Schnupperkursen Beruf sehr gute Grundsteine gelegt. Dennoch gibt es junge Menschen, die durch dieses Netz fallen und noch mehr Unterstützung benötigen. Hier darf nicht gespart werden, denn jedes zurückgelassene Kind ist eines zu viel.

Die beruflichen Schulen in Mannheim leisten für viele jungen Menschen bereits heute großartige Arbeit. Darum müssen wir genau diese Schulen auch bestmöglich unterstützen, sei es durch unterstützende Angebote wie die Schulsozialarbeit an beruflichen Schulen oder dringend überfällige Sanierungsmaßnahmen der Gebäude. Besonders für die beruflichen Schulen am Neckar brauchen wir schnellstmöglich einen Plan und einen raschen Einstieg in die Umsetzung. Dabei ist eine moderne Ausstattung auf der Höhe der Zeit gerade im Bereich der technischen und handwerklichen Beru-



fe von großer Bedeutung, damit eine gute Vorbereitung auf die Ausbildungszeiten in den Betrieben gewährleistet ist. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Sicherung des Fachkräftebedarfs in Mannheim und der Region.

Lern- und Lebensorte sind aber nicht nur Betreuungs- und schulische Bildungseinrichtungen. Eine hohe Bedeutung im außerschulischen Bildungsbereich kommt der Stadtbibliothek und ihren Außenstellen zu. Gerade in unserer heutigen Wissens- und Informationsgesellschaft müssen diese Einrichtungen so gestaltet sein, dass so viele Menschen wie möglich Zugang zu ihrem Angebot finden. Es sind genau diese Angebote, die auch weniger Privilegierten den Zugang zu höherer Bildung und damit zu einer beruflichen Karriere gemäß ihren Potenzialen eröffnen. Der Neubau der Stadtbibliothek in N2 muss darum zügig umgesetzt werden, barrierefrei, mit Raum zum ungestörten Studium, Veranstaltungsräumen und medientechnisch auf dem neusten Stand. Außerdem muss sie zum Aufenthalt und zur Begegnung einladen. Dazu braucht es einen ansprechenden begrünten Außenbereich ohne Autoverkehr, ein erschwingliches gastronomisches Angebot, ausgedehnte Öffnungszeiten und Gelegenheiten zum Spielen.

Auch unsere Abendakademie wollen wir unterstützen. Sie übernimmt eine enorm wichtige Aufgabe im Bereich der Alphabetisierung und der Grundbildung und leistet hier hervorragende Arbeit. Kosten-günstige Bildungsangebote sollen vor allem denen zu Gute kommen, die sonst davon ausgeschlossen bleiben würden.

Gleiches gilt für die städtische Musikschule. Als UNESCO City of Music muss es uns ein ganz besonderes Anliegen sein, dass alle Kinder Zugang zu Musik haben. Hier müssen wir noch stärker in die Lebensorte von Kindern und Jugendlichen hineinwirken, die Angebote zu ihnen bringen und ihren Bedürfnissen entsprechend gestalten.

Junge Menschen müssen noch viel stärker in alle sie betreffende Planungen einbezogen werden. In den Stadtteilversammlungen für Kinder- und Jugendliche spielt das Thema Verkehr eine immer größere Rolle. Wir müssen dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche sich in unserer Stadt sicher und selbstständig bewegen können. Dazu müssen beispielsweise die Schulwegepläne gemeinsam mit Kindern überarbeitet und Maßnahmen getroffen werden, die es Kindern und Jugendlichen ermöglichen alleine zur Schule zu kommen. Aber auch andere Wegeverbindungen müssen sicher werden. Kinder und Jugendliche sind Fußgänger*innen, Radfahrer*innen und ÖPNV-Nutzer*innen. Aus ihrer Perspektive heraus müssen Wege geplant und ordnungsrechtliche Maßnahmen bei ruhendem und rollendem Verkehr durchgesetzt werden.

Der Aus- und Umbau der Spielplätze in Mannheim ist auf einem guten Weg. Dabei darf nicht vergessen werden, dass Kinder und Jugendliche sich nicht nur auf für sie speziell ausgewiesenen Plätzen aufhalten. Quartiersplätze und zentrale Orte in den Stadtteilen sind darum stets so zu planen, dass sie auch für Kinder und Jugendliche attraktiv, vielseitig nutzbar und vor allem sicher, unkompliziert und selbstständig zugänglich sind.

Mannheim – deine Stadt

Kinder und Jugendliche wachsen nicht nur in Familien und Schulen heran. Kinder und Jugendliche brauchen auch außerschulische Lebens- und Erfahrungsräume, in denen sie ihre Persönlichkeit entwickeln, Verantwortung übernehmen und ihre Lebenswelt gemeinsam mit anderen gestalten lernen. Deshalb ist außerschulische Jugendarbeit für uns GRÜNE ein unbedingtes Muss. Die entsprechenden Angebote in unserer Stadt – von den Jugendtreffs und Jugendhäusern über die Jugendverbandsarbeit im Stadtjugendring mit seinen Projekten bis hin zu den Formaten der Kinder- und Jugendbeteiligung bei 68Deins wollen wir daher nicht nur erhalten, sondern gezielt ausbauen. Dabei bauen wir weiterhin auch auf den Sachverständigen, welcher uns in den verschiedenen Arbeitsgemeinschaften nach § 78 KJHG zur Verfügung steht. Unter anderem schließen wir daraus, dass unsere vielfältige Stadtgesellschaft in Zeiten vielfältiger Umbrüche wieder verstärkt mädchen spezifische Angebote im Bereich der Jugendarbeit benötigt. Ebenso notwendig erachten wir GRÜNE verstärkte Anstrengungen im Bereich der Armutsvorbeugung und -bekämpfung bei davon betroffenen oder bedrohten Kindern und Jugendlichen. Die entsprechenden aktuellen Projektaktivitäten wollen wir verstetigen.

Wir freuen uns sehr über die Initiative der Fachverwaltung, im Bereich der Jugendtreffs und Jugendhäuser die Fördersystematik in Richtung einer transparenten, gerechten und nachhaltigen Dynamisierungslogik fortzuentwickeln. Dies unterstützen wir sehr gerne, fordern darüber hinaus aber die gleichen Anstrengungen bereits im Haushalt 2020-21 für alle Bereiche der Jugendarbeit und sehen dies als einen wichtigen und richtungsweisenden Aufschlag für alle Bereiche – weit über die Jugendarbeit hinaus – an, wo freie Träger für unsere Stadt subsidiär Verantwortung übernehmen. Stadtjugendring und FORUM müssen hier mit den zur Verfügung gestellten Mitteln auskömmlich agieren können.

Seit über zwanzig Jahren fordern wir GRÜNE: Ein Jugendtreff für jeden Stadtteil! Nun befinden wir uns auf der Zielgerade: In Neuhermsheim konnte vor wenigen Tagen die Baufreigabe erlangt werden, in der Schwetzingerstadt befinden wir uns weiter

auf einem guten Weg. Auf dem Luzenberg dürfen wir mit unseren Anstrengungen nicht nachlassen, endlich einen Jugendtreff einzurichten. Dieser Fortschritt muss sich ggf. auch im Haushalt abbilden.

Die Stadtverwaltung hat sich auf den Weg zur kinderfreundlichen Kommune gemacht. Erste externe Überprüfungen zeigen, dass wir hier schon sehr breit aufgestellt sind – wenig überraschend, arbeiten doch Verwaltung und Gemeinderat hier regelmäßig gut zusammen. Wir freuen uns sehr, wenn diese Zusammenarbeit endlich – nicht nur, aber auch mit einem entsprechenden Titel – gewürdigt werden wird.

Wissenschaftsstandort: Dialog zwischen Hochschulen und Stadtgesellschaft stärken

Die Universität, die Hochschule und die zahlreichen wissenschaftlichen Einrichtungen Mannheims tragen zu einer vielfältigen Hochschullandschaft bei. Sie sind sichtbar bei der Entwicklung von Lösungsansätzen und verleihen unserer Stadt auch bundesweit Ausstrahlung. Uns GRÜNEN ist es daher wichtig, dass wir den Dialog zwischen Wissenschaft und Stadtgesellschaft stärken. Neueste Forschungsergebnisse, aber auch wissenschaftliche Analysen und Erhebungen stärken unser Verständnis von den komplexen Zusammenhängen, sowohl im Kontext unserer sozialen Beziehungen als auch bei Fragen des nachhaltigen Wirtschaftens oder der digitalen Transformation. Die Wissenschaft hilft uns, Antworten auf die großen Fragen unserer Zeit zu finden. Wir erkennen u.a. deshalb die räumlichen Bedarfe der Universität an. Dennoch muss in den Neubau- und Erweiterungsplänen der Schutz der bestehenden Grünflächen und des Baumbestands stets mitgedacht werden. Eine höchstmögliche Verdichtung im Sinne des Campus-Gedankens auf Kosten der Innenstadtbewohner*innen ist nicht zu verantworten. Exzellente Bedingungen für die Wissenschaft und Lebensqualität dürfen keinen Widerspruch bilden. Für den Friedrichspark heißt das: Möglichst viel Grünfläche und Bäume erhalten, Versiegelung von Flächen vermeiden, wo immer es möglich ist. Neu entstehende Gebäude sollen standardmäßig mit Dachbegrünung, Fassadenbegrünung und hohen Energiestandards ausgestattet werden. Dies ist ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung des Mikroklimas in der Stadt.

Das Angebot eines kostenfreien Semestertickets für Studierende bei Erstwohnsitz-Anmeldung ist eine erfolgreiche Initiative der GRÜNEN. Nach Abschluss des Studiums ist aber für viele auch das Angebot an Kultur, nachhaltiger Mobilität und des Stadtgrüns von Bedeutung, dass sie hier in Mannheim bleiben.

Nachholbedarf haben wir hier eindeutig bei der nachhaltigen Mobilität und beim Stadtgrün. In der Kultur sind wir schon respektabel aufgestellt, wobei wir mehr Kulturvermittlung in Uni und Hochschulen etablieren müssen. Diese Maßnahmen sollen dazu beitragen, gut ausgebildete Fachkräfte auch hier zu halten.

Kultur in der Breite der Stadtgesellschaft verankern

Die Kultur in Mannheim hat einen hohen Stellenwert für eine Beurteilung als lebenswerte Stadt. Neben Wohnen und Arbeiten spielt die Möglichkeit gute kulturelle Veranstaltungen vorzufinden, eine große Rolle, wenn Menschen sich überlegen nach Mannheim zu ziehen oder nach dem Studium hier zu bleiben. Kultur ist also kein Sahnehäubchen, sondern ein Lebensmittel und unverzichtbarer Bestandteil unserer Stadt.

Kunst und Kultur bereichern die Persönlichkeit und verändern Menschen zum Positiven. Wir GRÜNE halten es deshalb für sehr wichtig, dass alle Bürger*innen Mannheims, unabhängig von Herkunft oder Zugehörigkeit, in den Genuss ästhetischer Erfahrungen kommen können.

„Die „Freie Szene“ leistet einen wesentlichen Beitrag zu den Zukunftsthemen der Stadt Mannheim“ so steht es wörtlich auch in der Haushaltrede des Oberbürgermeisters. Diese Szene ist gewachsen und muss strukturell deutlicher gestärkt werden. In den Einrichtungen der Freien Kulturszene arbeiten die Künstler*innen oft unter prekären Bedingungen und können sich meist nur mit Projektfördermitteln über Wasser halten. Wenn wir uns der Bedeutung dieser Szene für die Teilhabe, das Miteinander und das Lernen in unserer Stadtgesellschaft bewusst sind, dann müssen wir sie auch vernünftig und angemessen finanziell ausstatten. Wir GRÜNE wollen daher eine Dynamisierung der institutionellen Förderung der Freien Kulturszene.

Interkulturelle und soziokulturelle Projekte, wie beispielsweise die Orientalische Musikakademie Mannheim oder die Kulturhäuser Waldhof, Schönau und Käfertal, haben besondere Aufmerksamkeit verdient, müssen stabilisiert und gefördert werden. Das Kulturhaus Käfertal braucht eine institutionelle Förderung.

Bisher als Projekte finanzierte Aktivitäten, die sich bereits etabliert haben, sollten in die institutionelle Förderungen aufgenommen werden und damit die Finanzierung für die Aktiven dieser Projekte berechen- und planbarer machen. Dabei muss die Kulturprojektförderung transparenter und einfacher zur Verfügung gestellt werden.

Den Zugang zu Kultur wollen wir für alle sicherstellen. Dabei hilft der Kulturpass. Dieses wachsende und äußerst erfolgreiche Projekt bedarf weiterer Unterstützung und muss endlich institutionell gefördert werden.

Neben dem Kulturpass können wir uns vorstellen, dass Studierende über eine Art Flatrate freien Eintritt für das Nationaltheater erhalten. Für Schüler*innen und Auszubildende wäre ein ähnliches Angebot vorstellbar, das die Möglichkeit bietet, die Kultureinrichtungen in der Stadt zu entdecken, und zwar die „Leuchttürme“ und die Freie Szene gleichermaßen.

Kultur ist kein Luxusgut und muss insbesondere für die Kinder und Jugendlichen erschwinglich und niedrigschwellig zugänglich sein.

Mit der Sanierung des Nationaltheaters liegt eine über viele Jahre angelegte Aufgabe vor uns. Bis zu diesem Zeitpunkt gilt es, Ersatzspielstätten zu finden und Lösungen auch für einen möglichen Transport nach Ludwigshafen in das Theater im Pfalzbau und an andere Orte zu erarbeiten. Mit der derzeitigen Verkehrssituation, die durch die Sperrung der Hochstraße in Ludwigshafen verursacht ist, stellen sich die Probleme früher als erwartet. Notfalls muss es auch hier einen anderen Ort geben, an den die Oper ihren Spielbetrieb auslagern kann. Wir wollen, dass die Ersatzspielstätten gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen sind. Wir müssen gemeinsam überlegen, wie wir diese Übergangsphase im Positiven für eine kreative, spannende Experimentierphase in Mannheim nutzen können.

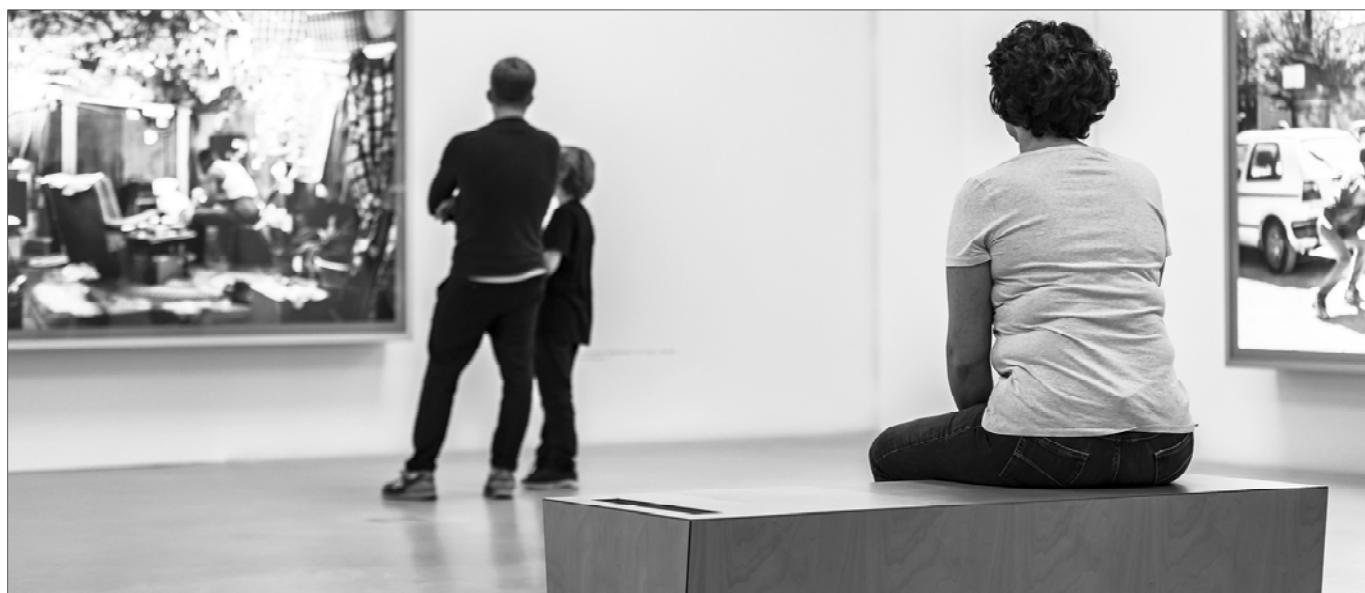
Für das Filmfestival, das ab 2020 unter neuer Leitung stattfinden wird, braucht es neue Strukturen. An das bisherige Filmfestival wird der neue Leiter nicht anknüpfen können.

Mannheim verfügt über eine vielfältige, agile und kreative Musiker*innenlandschaft und eine Reihe von sehr engagierten Akteur*innen. Die Musik- und Festival-Szene Mannheims hat in den vergangenen Jahren einige Highlights hervorgebracht, die aber nach wie vor mit der Wirtschaftlichkeit kämpfen und auf Förderung angewiesen sind.

Die Erwartung, dass Musikschaflende und Studierende auch nach ihrem Studium in Mannheim bleiben bewahrheitet sich nur zum Teil. Dies hängt auch damit zusammen, dass sich die Kulturförderung im Bereich der Popmusik und der Festival- und Orchesterkultur auf sehr niedrigem Niveau bewegt (insbesondere im Verhältnis zum Anspruch einer „Unesco City of Music“). Diese Förderung ist rudimentär im Vergleich zur Förderung von Projekten und Institutionen im Bereich der sogenannten Hochkultur – ohne dies gegeneinander ausspielen zu wollen. Ein Festival wie z.B. das Maifeldderby, die Mannheimer Philharmoniker, die Clubkonzerte im Forum der Jugend, im Keller des Alten Volksbades, des Jugendhauses Schönaus oder der Mannheimer Bläserphilharmonie, tragen jedoch ebenso zur kulturellen Identität Mannheims bei wie andere Kulturveranstaltungen mit weit höherer Förderung.

Der Bandsupport der städtischen Pop- und Rockbeauftragten kämpft seit Jahren darum, seine Finanzierung nicht einzubüßen und ist auf Drittmittel angewiesen. Die Teilnahme an internationalen Projekten, wie z.B. „Mix the City“, sind nur äußerst mühsam umzusetzen. Künstleraustausch mit anderen UNESCO Cities of Music kann nicht stattfinden, weil die Mittel hierzu fehlen bzw. nicht richtig platziert sind.

Die Ergebnisse und Erfolge im Bereich der Musikkultur und Popmusikförderung werden in erster Linie durch persönliches Engagement sichergestellt.





Um dieser Situation entgegen zu wirken, sind mehr finanzielle Mittel notwendig, die direkt in die Förderung von Musikkultur fließen. Hierzu gehören die Stärkung der Music Commission und der Pop- und Rockbeauftragten, sowie der stetige Auf- und Ausbau von Festivalkonzepten, Auftrittsmöglichkeiten und einem nachhaltigen Clubförderkonzept.

Wir GRÜNEN sehen einen „Komplementärfonds Musikkultur“ als Möglichkeit, Mittel einzuwerben, um die populäre Musikkultur der Quadratestadt nachhaltig zu fördern. Mögliche Finanziers könnten angesprochen werden, um komplementär finanziert durch die Stadt Mannheim, für eine finanzielle Basis einer Förderung der populären Musikkultur in der Unesco City of Music zu sorgen.

In Mannheim fit und gesund leben

Sport trägt nicht nur zur körperlichen Gesundheit unserer Stadtbevölkerung bei, sondern auch zu Wohlbefinden, Austausch, Geselligkeit und Integration. Umso wichtiger ist es, dass unsere Mannheimer Sport- und Freizeitanlagen auf die Bedarfe der Menschen und Vereine zugeschnitten sind. Wir brauchen Orte, die zum Verbringen der Freizeit einladen. Die Natur sollte erlebbar sein. Nur so schaffen wir auch das nötige Bewusstsein für unsere Natur.

Mannheim ist eine Sportstadt. Mit dem anstehenden Bau von neuen Sportanlagen haben wir die Möglichkeit, die Vereine in ihrer Zukunftsfähigkeit zu unterstützen und vielen Menschen attraktive, bedarfsgerechte und ökologisch gestaltete Sportstätten zu bieten. Dazu müssen wir den Vereinen entsprechende Beratungsmöglichkeiten anbieten sowie ihnen die Mittel für die Umgestaltung so zur Verfügung stellen, dass sie auch kurzfristig verfügbar sind.

Vereine übernehmen wichtige Aufgaben zum Wohle unserer Gesellschaft, egal ob beim Gesundheitssport oder der Integration. Dabei brauchen sie unsere Unterstützung. Gleiches gilt auch bei der Ausrichtung von Breitensportereignissen, denn so können sich die einzelnen Sportarten präsentieren, Mitglieder generieren und deren Zukunft sichern. Zudem profitiert Mannheim von vielen begeisterten Sportgästen.

Der Bau des KombiBad Herzogenried steht kurz bevor, und damit auch die weitere Planung der Bädersituation im Mannheimer Norden. Hier braucht es einen guten Weg die Stadtteile mitzunehmen und alle Bedarfe von Schulen, Vereinen und Bevölkerung zu berücksichtigen. Dass kommunale Schwimmbäder keine Selbstverständlichkeit sind, darf hier nicht unter den Tisch fallen.

Positiv sehen wir GRÜNE, dass zukünftig keine Kunstrasenplätze mit Gummigranulaten mehr gefördert werden, die ein großes Risiko für die Umwelt bedeuten.

An dieser Stelle ist auch die erfreuliche Entwicklung des Spitzensports in Mannheim zu erwähnen. Ob Adler, Löwen, der Waldhof oder Grün-Weiß, Mannheim etabliert sich zunehmend als Sportstadt. Die nötige Unterstützung auf diesem Weg sehen wir als wichtig an, allerdings muss sich der Profisport dann weitestgehend selbst tragen können, da wir es nicht als Aufgabe der Kommune sehen, den Spitzensport finanziell auszustatten.

Bürger*innenbeteiligung: Mitmachen in Mannheim

Die hohe Rückmeldung und die vielen guten Ideen beim diesjährigen Beteiligungshaushalt der Stadt haben gezeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. 173 Vorschläge, über 9.000 Bewertungen und 435

Kommentare: das ist echte Bürger*innenbeteiligung.

Uns GRÜNE ist es wichtig, bürgerliche Partizipation und politische Teilhabe der Mannheimer Bürger*innen zu fördern und auszubauen. Deshalb haben wir aktiv am Regelwerk für die Bürgerbeteiligung mitgearbeitet. Maßnahmen wie die Beteiligungsplattform oder andere Instrumente müssen regelmäßig evaluiert und nachgebessert werden.

Wir GRÜNE wollen deshalb die Beteiligungsplattform „Mannheim gemeinsam gestalten“ ausbauen, weg von einer Info-Plattform, hin zu einem interaktiven Portal. Den Bürger*innen soll es so ermöglicht werden Initiativanträge zu stellen sowie Vorhaben zu diskutieren und zu kommentieren.

Zu einer echten Teilhabe gehört auch der einfache und barrierefreie Zugang zu Informationen. Wir GRÜNE wollen, dass Bürger*innen einfacher einen Zugang zur politischen Arbeit der städtischen Gremien bekommen. Die Mannheimer Kommunalpolitik wollen wir mit Livestreams der Gemeinderatssitzungen und der Dokumentation des Abstimmungsverhaltens transparenter machen. Die Dokumentation des Abstimmungsverhaltens und die (Video-) Protokolle der Gemeinderatssitzungen sollen den Bürger*innen dauerhaft digital zur Verfügung stehen.

Viele Menschen engagieren sich vor Ort in ihren Bezirken und beraten so als lokale Expert*innen die Stadt und ihre Gremien. Sie bringen sehr viel Fachexpertise mit, sind stark in der Nachbarschaft verwurzelt und bringen so Politik direkt in ihr Quartier. Wir GRÜNE wollen die Bezirksbeirät*innen und ihr Engagement stärken. Deshalb machen wir uns für eine direkte Wahl der Bezirksbeirät*innen durch die Mannheimer Bürger*innen stark.

Die Kompetenzen des Jugendbeteiligungsmodells wollen wir GRÜNE mit einem Budgetrecht und einem Antragsrecht im Gemeinderat stärken.

Digitalisierung mit breiter gesellschaftlicher Akzeptanz

Wir GRÜNE begreifen die Digitalisierung als Chance und wollen, dass Mannheim darin Vorreiterin wird. Im diesjährigen Digitalranking „Smart-City Index“ von Bitkom belegte die Stadt Mannheim bundesweit Platz 1 bei der Digitalisierung der Verwaltung. Wir nehmen das als Ansporn weiter zu machen, damit Mannheim auch in der Gesamtbeurteilung den ersten Platz einnimmt.

Gerade für die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren bei der Stadt sind digitale Prozesse von

großer Bedeutung. Sie erhöhen nicht nur die Qualität des Services bei der Verwaltung sondern führen zur höheren Zufriedenheit bei den Bürger*innen.

Mit digitalen Abstimmungsgeräten und Liveübertragungen von Gemeinderatssitzungen wollen wir unser digitales Bürgerinformationssystem ergänzen.

Digitalisierung kann nur mit einer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz gelingen. Deshalb wollen wir GRÜNE gemeinsam mit lokalen Akteur*innen, Bezirksbeirät*innen und Unternehmen in Verbindung treten und Bürger*innen vor Ort miteinbeziehen, wenn es z.B. um die Umrüstung oder den Neubau von Funkmasten geht.

Damit die Kinder und Jugendlichen sich mit den Vorteilen und dem kritischen Umgang der Digitalisierung vertraut machen können, wollen wir GRÜNE gerade auch an außerschulischen Lernorten wie in Jugendhäusern oder der Stadtbibliothek die Medienkompetenz ganz oben auf die Agenda setzen und die dafür notwendige Infrastruktur und das Personal stellen, um ggf. auch bereits vorhandene sehr gute Angebote weiter zu unterstützen.

Nachhaltig Wirtschaften

Wirtschaft und Industrie sind gerade in einem immensen Umbruch. Dies trifft auch unsere Stadt als Industrie- und Arbeitsstandort.

Um den ökologischen Wandel in der Wirtschaft insbesondere in der Industrieproduktion voranzutreiben, braucht es Innovationen und Ideen, die die Ressourceneinsparung und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen im Fokus haben. Unsere Unternehmen, der Mannheimer Mittelstand, das Handwerk und die Belegschaften können nur überleben, wenn wir diesen Wandel progressiv und gemeinsam gestalten.

Im letzten Haushalt haben wir eine Projektstelle einrichten können, die ein Gründungs- und Innovationszentrum für den Green Tech Bereich konzipieren soll. Innovationen beispielsweise aus den Bereichen Umwelt- und Energietechnologien, Sensorik, Digitalisierung oder der Informationstechnologie sollen hier im Fokus stehen. Es freut uns, dass nun die Vorbereitungen für die Machbarkeitsstudie begonnen haben und wir uns Mitte nächsten Jahres für die Fördermittel bewerben können. Mit diesem Zentrum soll Mannheim attraktiv für die Ansiedlung von Unternehmen oder Start-ups aus den Zukunftsbranchen werden und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen. Im internationalen Kontext werden Innovationen und die Ausstattung mit neuesten technischen Standards, wie z.B. dem 5G Netz, unseren

Standort und unsere Unternehmen konkurrenzfähig halten und genau daran müssen wir arbeiten.

Wenn es um Zukunftsbranchen geht, sehen wir auch klar die Wirtschaftsförderung in der Pflicht. Die Neue Wirtschaftspolitische Strategie, die 2010 beschlossen wurde, hat sehr viele wichtige Weichen gerade in der Gründungsinfrastruktur gestellt. Diese muss nun in Bezug auf die Zukunftsthemen Digitalisierung, GreenTech und LifeScience geschärft werden, um eine optimale Integration der Unternehmen und Hochschulen bei den Zukunftsthemen wie z.B. Digitalisierung, KI, LifeScience, smarte Umwelt- und Energietechnologien zu gewährleisten.

Wirtschaftlicher Erfolg unter fairen Bedingungen

Die Situation in Mannheim ist bei der öko-sozialen und fairen Beschaffung bei weitem noch nicht zufriedenstellend. Nach wie vor richten viel zu wenige Dienststellen ihre Beschaffung an den genannten Kriterien aus. Wir GRÜNE, werden weiter darauf dringen, dass der Anteil der öko-sozialen und fairen Beschaffung in Mannheim gesteigert wird.

Der wirtschaftliche Erfolg der Unternehmen gerade der städtischen Töchter darf nicht mehr nur allein vom Gewinn abhängen. Der Beitrag der Wirtschaft für das Gemeinwohl muss messbar sein. Die Gemeinwohl-Bilanz ist ein Instrument dafür. Sie misst welchen Beitrag das Unternehmen für die Umwelt, das soziale Miteinander oder die Innovationskraft hat. Im letzten Haushalt haben wir GRÜNE es geschafft, die Gelder für die Erstellung der Bilanz für vier städtische Töchter einzustellen. Leider entwickelt sich dieser Prozess sehr langsam. Die erste Gemeinwohl-Bilanz liegt bereits vor, muss aber noch auditiert werden. An dieser Bilanzierung halten wir fest und wollen das für alle städtischen Töchter etablieren.

Mit der Klimaschutzallianz hat das Dezernat V mit unserer Umweltbürgermeisterin Felicitas Kubala ein Bündnis aus Vereinen, Initiativen und Unternehmen geschaffen, das sich den Klimaschutz auf die Fahnen geschrieben hat. Für die Unternehmen unserer Stadt braucht es ergänzend dazu eine Plattform, auf der man sich über die Einführung von Nachhaltigkeitsmaßnahmen und deren Umsetzung austauschen kann. In Gesprächen mit vielen Unternehmer*innen aus der Stadt und der Region wird klar: Der Wille ist da, doch oft hakt es an der Umsetzung durch fehlende Informationen oder Erfahrungswerte. Dasselbe gilt natürlich auch für die Städtischen Töchter. Langfristig ist in diesem Zusammenhang die Einrichtung eines Nachhaltigkeitsmanagement bei der Stadt sinnvoll.

Darüber hinaus können wir uns gut vorstellen, Gründer*innen, denen Umweltschutz und das soziale Unternehmer*innentum besonders am Herz liegen, mit einem Preis zu würdigen.

Beim Digitalisierungsprozess darf das Handwerk, insbesondere das inhaber*innengeführte Kunsthandwerk, nicht zu kurz kommen. Um die Herausforderungen für die traditionsreiche Handarbeit zu mildern, setzen wir GRÜNE uns für deren branchenspezifische Unterstützung ein.

Der wachsende Online-Handel stellt nicht nur den Mannheimer Einzelhandel vor große Herausforderungen, sondern auch die kommunale Verkehrsinfrastruktur. Der neue Trend hin zur Plattformökonomie lässt mit wachsenden Warenströmen das Verkehrsaufkommen rasant ansteigen. Dieser Verkehr führt zu enormen Umweltbelastungen, damit zu schlechterer Luftqualität, steigert den Lärm und senkt die Aufenthaltsqualität in unserer Stadt. Hinzu kommt, dass durch das Steuersystem eine Schlechterstellung des stationären Einzelhandels stattfindet, was zu einer Wettbewerbsverzerrung führt. Große Onlineplattformen nutzen zwar die kommunale Infrastruktur, doch sie zahlen bspw. keine Gewerbesteuer. Hier geht es keineswegs darum, Online- und stationären Handel gegeneinander auszuspielen. Der Mix beider Vertriebswege wird den Erfolg auch für den Einzelhandel bringen. Doch dieser Erfolg braucht neue, intelligente Verkehrs- und Lieferkonzepte.

Die Antworten auf den Online Handel können nicht weitere verkaufsoffene Sonntage und die Steigerung des Autoverkehrs sein. In die Innenstadt zu kommen muss für die Menschen einen qualitativen Mehrwert haben. Freizeitgestaltung und Einkaufsbummel müssen sich verbinden lassen. Nur durch eine attraktive Innenstadtgestaltung kann sich der Einzelhandel gegenüber dem Onlineshop behaupten. Dafür braucht es zum Beispiel hochwertige öffentliche Plätze, kostenloses WLAN, Gepäckstationen, spannende Kultur- oder Gastronomieangebote und eine insgesamt stark erhöhte Aufenthaltsqualität.

Mit der Ansiedlung eines neuen Hotels sowie dem Neubau der Stadtbibliothek und der Sparkasse nehmen Paradeplatz und damit das umliegende Quartier eine neue Gestalt an. Diese Entwicklung bietet große Chancen, um den öffentlichen Raum in der Innenstadt für die Anwohner*innen und den Einzelhandel zu einem Anlaufpunkt für Stadtbürger*innen und Tourist*innen zu gestalten. Den Paradeplatz (das Zentrum der Innenstadt) wollen wir als das Grüne Quadrat (Green Square) etablieren, das Aufenthalts- mit Erholungsqualität verbindet. Die Kultur kann dabei eine tragende Rolle spielen.

Gleichberechtigt, selbstbestimmt und sicher – Frauenpolitik für Mannheim

In den Führungsetagen sind Frauen angekommen, auch wenn sie meist schlechter bezahlt werden und es im Arbeitsleben oft deutlich schwerer haben, sich zu behaupten. Frauen in guten beruflichen Positionen sollten eine Selbstverständlichkeit sein und nichts, was durch eine leider noch immer nötige Quote erzwungen werden muss. Hier muss die Stadtverwaltung gerade bei den Fachbereichsleitungen und Geschäftsführungsstellen mit gutem Beispiel vorangehen und ihre bestehenden Mentoringprogramme stärker auf die Eigenbetriebe und Töchter ausweiten.

Damit sich Frauen auch in den Abendstunden und in der Nacht in der Stadt sicher fühlen können, fahren seit September die Frauen-Nachttaxis. Die Nachfrage ist gut und das Angebot muss auch für 2020 und Folgejahre in ausreichendem Maße abgesichert werden.

In Not geratene Frauen können in der Stadt in verschiedenen Einrichtungen Hilfe suchen. Der Frauen- und Mädchennotruf hat einen stark erhöhten Bedarf durch gestiegene Fallzahlen. Damit die wertvolle Arbeit hier uneingeschränkt weitergehen kann und die Mitarbeiterinnen nicht dauerhaft an ihre Grenzen kommen, müssen wir die Unterstützung absichern.

Auch Angebote für Frauen, die Zuflucht vor Gewalt suchen, leisten eine unersetzliche Arbeit: Sie bieten diesen Frauen Hilfe bei der Suche nach neuen Perspektiven und einem neuen Leben. Dafür benötigen sie unsere uneingeschränkte Unterstützung. Damit ihre Arbeit auch in Zukunft möglich ist, müssen Wohnprojekte, die über den Akutbedarf hinausgehen, angeboten und finanziert werden. Das Land unterstützt „Second Stage“-Projekte, allerdings jeweils nur für ein Jahr. Hier müssen wir unterstützend tätig werden. Die Kürzung der Dynamisierung beim Heckertstift war ein Schritt in die falsche Richtung.

Die Prostitutionsberatungsstelle Amalie leistet unersetzliche Arbeit für Frauen, die oft gezwungen sind in der Prostitution zu arbeiten. Inzwischen haben sich zahlreiche neue Orte etabliert, die käuflichen Sex billig anbieten und damit die Frauen unter unmenschlichen Druck setzen, nicht zuletzt auch finanziell. Das Wohnprojekt Amalie unterstützt Frauen beim Ausstieg aus der Prostitution und hilft ihnen, sich ein neues Leben und notfalls auch eine neue Identität zu schaffen. Damit das Wohnprojekt auch zukünftig bestehen kann, steht die Diakonie zu großen Teilen finanziell ein, kann dies aber nicht ohne die Unterstützung der Stadt leisten.

Leider gibt es immer noch viele Frauen, die unter häuslicher Gewalt leiden. Hier haben sich in der Vergangenheit Schwierigkeiten bei der sicheren Unterbringung der betroffenen Frauen mit ihren Kindern ergeben. Hier sehen wir klaren Verbesserungsbedarf vonseiten des Gleichstellungsbüros, das mit dem Hilfsfonds finanzielle Mittel freigeben kann.

Frauentreffs wollen wir erhalten und besonders fördern, ebenso ein Angebot für junge Menschen in der Stadt, geschlechtsspezifische Angebote und Orte, an denen Mädchen und junge Frauen sich in geschütztem Raum treffen können.

Das Netzwerk Mädchenarbeit bietet allen Mädchen und jungen Frauen besondere Angebote. Gleiches gilt für den Internationalen Mädchentreff. Beide sind auf eine solide finanzielle Unterstützung der Stadt angewiesen, und wir setzen uns dafür ein, dass diese Einrichtungen ihre Arbeit uneingeschränkt weiter ausüben können.

Nicht zu vergessen ist die sexuelle Bildung an Schulen, bei der Schüler*innen im Rahmen des Lehrplans nicht alle Antworten auf ihre ganz individuellen Fragen bekommen. pro familia und PLUS bieten Schulaufklärungsarbeit an Mannheimer Schulen an, können aber aufgrund der stetig wachsenden Nachfrage nicht alle Anfragen annehmen, da finanziell und personell die Grenzen längst überschritten sind. Eine Aufstockung der Angebote und die entsprechende finanzielle Unterstützung durch die Stadt sind dringend notwendig.

Zukunft braucht Personal

Wir haben als Stadt große Aufgaben vor uns, für deren Bewältigung wir jede und jeden brauchen. Ob in den Büros und Dienststellen unserer Dezernate, in den Bürgerdiensten, den städtischen Einrichtungen, in den Eigenbetrieben oder auf der Straße. Ob Planende, Kommunizierende oder Ausführende. Ohne das entsprechende Personal kann keine der Aufgaben, die wir in diesem Haushalt festlegen, keine Investition, die wir uns vornehmen umgesetzt werden. Haben wir dieses Personal und sind wir eine Arbeitgeberin, die die Mitarbeitenden weiterentwickelt und langfristig bindet? Diese Frage dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Und wenn wir uns die Haushaltsergebnisse der vergangenen Jahre ansehen, bleibt die Stadt beim Personal stets hinter ihrem Ansatz zurück. Eine Vakanz von 5,5 Prozent wird im Haushaltsplan bei den Personalaufwendungen bereits von vornherein mit eingerechnet. Wir wollen, dass diese Zahl sich zukünftig verringert und dafür seitens der Verwaltung die notwendigen Anstrengungen unternommen werden. Freie Stellen müssen schnellstmöglich (wieder-)besetzt werden,

damit unsere Stadt für die Aufgaben der Zukunft auch hinsichtlich ihres Personals bestens aufgestellt ist. Hier dürfen wir keine Defizite verschleppen, denn wir sehen unsere Aufgabe als Stadt nicht darin Haushaltsüberschüsse zu bilden, sondern die zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um die Aufgabenerfüllung sicherzustellen und die Zukunft unserer Stadt zu gestalten. Wir sollten uns dienststellengenau anschauen, ob die Personalplanung funktioniert. In Dienststellen mit Mindestausstattung (per Gesetz oder über selbst gesetzte Qualitätsstandards) muss diese auch sichergestellt sein, wenn sich Krankheitsfälle häufen oder in einer Abteilung viele jüngere Männer und Frauen arbeiten, die auf Grund von Schwangerschaft und Mutterschutz, bzw. Elternzeit zeitweise ausfallen. Dies alles muss bei der

Personalplanung einkalkuliert werden und ggf. eine Personalausstattung zielgerichtet auch mit mehr als 100% beschlossen werden.

Hinweisen möchten wir an dieser Stelle auf eine große Veränderung in der Verwaltung, die in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird: Am 1. Januar 2020 nimmt der neue Eigenbetriebs Stadtraumservice im Dezernat V seine Arbeit auf. Er wird die Aufgabenbereiche Tiefbau, Grünflächen, Stadtreinigung und Abfallwirtschaft umfassen und damit für einen guten Teil der Aufgaben zuständig sein, die die Menschen mit einer Kommune verbinden. Wir wünschen den Mitarbeiter*innen unter unserer GRÜNEN Bürgermeisterin Felicitas Kubala viel Erfolg und ein gutes Wirken in den neuen Strukturen.



Schlussbemerkung

Sehr geehrte Damen und Herren,
Mannheims Zukunft beginnt heute!
Uns allen muss klar sein, dass es ein „Weiter so!“
nicht geben kann, nicht geben darf! Wir müssen
umsteuern, beim Klima, beim Verkehr, in unserer
Familien- und Sozialpolitik.

Die Forderungen aus der Stadtgesellschaft sind hoch, viele Wünsche wurden an uns herangetragen. Trotz noch immer guter Rahmenbedingungen werden wir nicht alle erfüllen können. Vorrangig gilt es, die Arbeit der bürgerschaftlichen Träger, Verbände und Initiativen zu sichern, die Verantwortung für uns, für Mannheim übernommen haben. Wir werden versuchen, mit den vorhandenen Mitteln einen ausgeglichenen Haushalt zu erarbeiten, der niemanden vergisst und möglichst viele Menschen mitnimmt.

Ich möchte mich, auch im Namen meiner Kolleg*innen aus der GRÜNEN Gemeinderatsfraktion, bei allen städtischen Mitarbeiter*innen für die sehr gute Arbeit, die Unterstützung und die vertrauensvolle Zusammenarbeit in den vergangenen zwei Jahren bedanken. Besonders erwähnen möchte ich

im Rahmen der Etatberatungen die Mitarbeiter*innen der Kämmerei unter ihrem Leiter, Herrn Markus Manhart, die mit ihrer Arbeit unsere Beratungen erst ermöglichen. Bedanken möchte ich mich außerdem bei Frau Bürgermeisterin Felicitas Kubala und Herrn Bürgermeister Grunert, die uns bei unserem Verständnis des Haushalts ein großes Stück weitergebracht haben.

Ein großer Dank geht an alle Menschen, die uns täglich, besonders auch im Vorfeld der Etatberatungen mit Ideen und Vorschlägen, aber ebenso mit häufig konstruktiver Kritik unterstützt haben. Jeden Tag aufs Neue erleben wir, welch großartiges Potential Mannheim und seine Bürger*innen bieten. Haupt- und Ehrenamtlich setzen sie sich für ihre Stadt und ihre Menschen ein – meinen Dank dafür!

Besonders bedanken möchte ich mich außerdem bei meinen GRÜNEN Fraktionskolleg*innen und den Mitarbeiter*innen der GRÜNEN Fraktionsgeschäftsstelle für ihre Unterstützung bei der Erstellung dieser Rede.

Uns allen wünsche ich respektvolle, produktive und von Fachlichkeit geprägte Etatberatungen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!